



Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Kapitalistische „Verständigung“ Die Einigungsformel der Großmächte gefunden — Deutschland geht wieder zur Abrüstungskonferenz — Imperialistische Kriegsgefahr unvermindert!

Genf, 12. Dezember.
Die Besprechungen der fünf Großmächte (Vereinigte Staaten von Nordamerika, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien) über die Fortführung der Abrüstungskonferenz haben zur Annahme einer Einigungsformel geführt. Diese gemeinsame Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet, und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.

Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll.

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.

3. Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.

4. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

Auch derjenige, der in den Fragen der höheren Diplomatie ein Laie ist, erkennt auf den ersten Blick, daß diese Erklärung sehr viele Möglichkeiten und Auslegungen zuläßt. Sie enthält ein neues Bekenntnis zur Abrüstung — aber wie viele derartige Bekenntnisse sind schon abgelegt worden! Sie bringt die erneute Beteuerung, daß die Großmächte ihre Streitfragen unter keinen Umständen mit Gewalt austragen würden — aber wie oft haben wir das schon gehört! Sie erkennt das Prinzip der Gleichberechtigung für Deutschland an — aber wie leicht kann das unter den gegebenen Umständen nicht der Abrüstung, sondern gerade der Verstärkung der deutschen Kriegsvorbereitungen dienen!

So müssen wir diese wie jede kapitalistische Verständigung mit sehr geteilten Gefühlen aufnehmen. Die Abkehr Deutschlands von der Abrüstungskonferenz bedeutete Verschärfung der imperialistischen Gegensätze. — Deutschlands Rückkehr garantiert aber leider nicht, daß Abrüstung und Friedens-

sicherung künftig Fortschritte machen. Die Verständigung der fünf Großmächte erfolgte unter dem allgemeinen Druck der kapitalistischen Krise und unter dem besonderen Gesichtspunkt, dem hartnäckigen Gläubiger USA eine Einheitsfront der kapitalistischen Staaten Europas entgegenzustellen. Als Hintergedanke wird aber bei denen, die diese Einigung herbeigeführt haben, der Gedanke einheitlicher kapitalistischer Außenpolitik gegen die Sowjetunion eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Schon aus diesem Grunde, schon, weil jede kapitalistische Verständigung heute den Keim neuer Kriege auf verbreiteter Basis und speziell gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt in sich birgt, schon deshalb ist diese Verständigung nicht unsere Verständigung. Der Arbeiterschaft können die Aufgaben, die sie für die Sicherung des Friedens, für die endgültige Ueberwindung der imperialistischen Kriegsgefahr zu leisten hat, durch eine Abrüstungskonferenz und durch keine Pünktlichkeits-Verständigung abgenommen werden. Diese Aufgaben kann nur die Arbeiterklasse selbst lösen im entschlossenen revolutionären Kampfe gegen Militarismus und nationalistische Außenpolitik, mit dem Ziel, die Ursachen der imperialistischen Kriegsgefahr, das kapitalistische System, zu beseitigen.

England und Frankreich zahlen

London, 11. Dezember.
WTB. In der britischen Antwort an die Vereinigten Staaten von Amerika wird gesagt: Die britische Regierung bleibe bei ihrer

Auffassung, daß keine andere Lösung als der Zahlungsausschub die Transferschwierigkeiten beseitigen könne, und stelle daher mit tiefem Bedauern fest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen hat, diese Lösung dem Kongreß nicht zu empfehlen. Im Hinblick auf diesen Beschluß der amerikanischen Regierung habe die englische Regierung sich entschlossen, den am 15. Dezember fälligen Betrag zu zahlen.

Paris, 11. Dezember.

WTB. Ueber die Entscheidung, die der heutige Kabinettsrat in der Schuldenfrage getroffen hat, berichtet Havas, die Minister hätten einstimmig die Ansicht vertreten, daß Frankreich den fälligkeitstermin vom 15. Dezember einhalten müsse. Infolgedessen werde Herriot Montag der Kammer vorschlagen, die zu diesem Zeitpunkt fällig werdenden 19 800 000 Dollar unter Vorbehalt zu zahlen.

Damit hat der wochenlange, in England, Frankreich und Amerika mit steigender Erregung verfolgte Notenwechsel seinen Abschluß gefunden. Die Entscheidung, es besteht darauf, daß seine europäischen Bundesgenossen während des Weltkrieges ihre Anleihen — nicht etwa Kriegskontributionen — zurückzahlen müssen, während England und Frankreich nach wie vor versuchen, diese Anleihen als Kriegsschulden behandelt zu wissen, die mit dem Erlaß der deutschen Reparationsleistungen ebenfalls gestrichen werden müßten.

Amerika will aber mit der Erzwingung der Rückzahlung nicht nur erreichen, daß die europäischen Großmächte ihre Rüstungen einschränken, sondern es will damit auch die von Amerika abgezogenen Goldbestände hauptsächlich von Frankreich zurückholen.

Politisch hat das Verhalten Amerikas eine engere Verbindung zwischen Frankreich und England mit der Spitze gegen die USA herbeigeführt.

Die Amnestie in Gefahr! Klassenaktion für proletarische Gefangene!

Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, wollte man annehmen, daß mit dem Reichstagsbeschuß über die Amnestie die Befreiung unserer proletarischen Gefangenen gesichert wäre. Ganz abgesehen davon, daß der Amnestiebeschuß überhaupt unzulänglich und unbefriedigend ist, — viel schlimmer ist es, daß

seine Durchführung noch keineswegs gesichert ist!

Am Donnerstag wird der Reichsrat zusammentreten, um zu den letzten Reichstagsbeschlüssen, vor allem auch zum Amnestiegesetz, Stellung zu nehmen. Es ist zur Stunde noch nicht zu überblicken, wie sich die Mehrheit des Reichsrats entscheiden wird, denn die Regierungen der Einzelstaaten haben hierzu noch nicht Beschluß gefaßt. Es besteht aber die Gefahr, daß die süddeutschen Länder sich mit partikularistischen Argumenten gegen eine vom Reiche ausgehende Amnestie wenden werden. Welche Haltung die preussische Regierung Otto Braun einnehmen wird, ist noch nicht entschieden.

Immerhin rechnet man in politischen Kreisen sehr stark mit der Möglichkeit, daß der Reichsrat gegen die Amnestie Einspruch erheben wird. Dann müßte der Reichstag nochmals zu dem Gesetz Stellung nehmen und seinen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit bestätigen. Das würde zunächst eine erhebliche Verzögerung bedeuten; es wäre aber sogar möglich, daß eine Zweidrittelmehrheit nicht wieder zustandekäme, weil die Frage zu einer politischen Frage ersten Ranges werden könnte.

Selbst wenn aber — nur dieser Verzögerung von vielen Wochen — der Reichstag die Amnestie erneut beschließen würde, bestände die weitere Möglichkeit,

daß der Reichsrat einen Volksentscheid verlangt.

Die Arbeiterschaft darf diesem parlamentarischen Spiel mit der Amnestie nicht untätig zusehen. Es geht um das Schicksal von vielen tausend proletarischen Funktionären, um das Schicksal von tausenden proletarischer Familien. Hier muß sich die revolutionäre Solidarität des Proletariats bewähren!

Bis zur Sitzung des Reichsrats am Donnerstag stehen nur noch wenige Tage zur Verfügung. Aber diese kurze Zeitspanne muß ausgenutzt werden! In allen proletarischen Versammlungen (Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, Sport- und Kulturorganisationen), die in diesen Tagen stattfinden, muß zur Frage der Amnestie Stellung genommen werden, und der Wille der Arbeiter muß in einer an das Reichsjustizministerium zu richtenden Kundgebung Ausdruck finden. In allen Betrieben muß in diesen Fragen über die Amnestie diskutiert und zu dieser Frage eindeutig Stellung genommen werden. Auch dieser Wille der Betriebe muß sofort der Öffentlichkeit bekannt werden! Die verantwortlichen Stellen müssen wissen,

daß eine Ablehnung der Amnestievorlage von der Arbeiterschaft nicht ruhig hingenommen werden würde!

Genossen! Setzt sofort eure Kraft in diesem Sinne ein! Sorgt dafür, daß die Forderung nach Amnestie von der ganzen Klasse aufgenommen wird! Berichtet uns sofort über jeden Erfolg eurer Bemühungen! Macht die Aktion für die Amnestie zu einem wichtigen Teilgefecht im Kampf für die Herstellung der revolutionären Einheitsfront!

Wohin treibt Frankreich?

(Von unserem Pariser Korrespondenten)

Paris, 11. Dezember.

H.E. Der französische kapitalistische Staatskarron ist erst verhältnismäßig spät auf die schiefe Ebene der Krise geraten. Nun aber saust auch er dem Abgrund zu in einem Tempo, das immer schneller und unheimlicher wird, so sehr sich auch die Führer mühen, die Teufelsfahrt abzustoppen.

Die Arbeitslosen nehmen von Woche zu Woche zu. Im November bezifferte sie die amtliche Statistik auf rund 255 000 gegen 92 000 im Vorjahr! Dazu sollen 9965 Kurzarbeiter kommen. Die wirklichen Zahlen aber werden bedeutend höher liegen, denn der französische Kapitalismus kann in seinem Interesse zur Verdummung der Arbeiter genau so schwindeln wie der deutsche, der ja auf dem Papier beinahe nur, noch die Hälfte des grauen Heeres der Erwerbslosen aufmarschieren läßt. Das französische Budget weist ein Defizit von 8 Milliarden Franken auf (eigentlich von 12, aber 4 Milliarden sind im Laufe des Jahres durch verschiedene Maßnahmen wieder wegmanipuliert). Und das Loch im Staatssäckel wird größer anstatt kleiner. Die Industrie wird subventioniert — mit deutschem Erfolg.

Am schwersten wirkt sich die Agrarkrise aus. Seit 1861 wird die französische Landwirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz durch Zölle geschützt, die sich im Laufe der siebenzig Jahre wertmäßig (das heißt im alten Goldwert gerechnet) um das Zweifunddreißigfache erhöht haben. War dieser Agrarprotektionismus (Zölle und Liebesgaben zugunsten der Agrarier) gegenüber den Riesenfarmen und -gütern in USA, Kanada und Rußland für die französische Landwirtschaft mit ihrem überwiegenden Klein- und Mittelbesitz schon eine Notwendigkeit, so hatte er doch zur Folge, daß die französische Landwirtschaft auf ihrem primitiven technischen Stand verharrte, während sich die ausländischen Landwirtschaften fortgesetzt modernisierten, rationalisierten und also billiger produzieren konnten. Der Abstand in der Konkurrenzfähigkeit stieg. Die französische Landwirtschaft wurde vom Weltmarkt abgehängt. Heute liegen die Preise für Agrarprodukte in Frankreich um ein Vielfaches (im Durchschnitt um das Dreifache) über den Weltmarktpreisen. Das Leben ist daher unerhört teuer. Und trotz aller Schutzmaßnahmen ist heute der französische Klein- und Mittelbauer genau wie der deutsche hilflos den brutalen Schlägen der Weltkrise ausgesetzt.

Was tut die Regierung Herriot gegen die Krise?

In deutschen bürgerlichen Linkskreisen, ja selbst bis in die Reihen der Sozialdemokraten hinein erfreut sich diese Regierung wegen ihres angeblichen „linken“ und „pazifistischen“ Charakters eines hohen Ansehens. Gewiß, die Regierung Herriot ist aus den Maiwahlen gegen Tardieu als Sieger hervorgegangen, weil die breiten Massen der Arbeiter und Mittelständler gegen die vorgeschlagenen reaktionären Steuerpläne Tardieus protestierend „links“ wählten. Herriot und seine Partei, die Radikalen, haben den Wahlkampf geführt gegen die Erhöhung der Verbrauchersteuern, gegen Lohn- und Gehaltsabbau. Das Programm der Radikalen sieht zwar vor: Staatskontrolle der großen kapitalistischen Unternehmungen, Einschränkung der Rüstungen, vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker usw. Gewiß, die Radikalen gebärdeten sich häufig sogar anti-kapitalistisch. Aber jetzt, wo Herriot in der Regierung Auge in Auge den ungeheuren Schwierigkeiten der kapitalistischen Weltkrise gegenübersteht, sind alle schönen Programmpunkte, alle großen Versprechungen vergessen. Als reuiger Sünder befiehlt Herriot heute an, was er vor dem Mai verbrannt, setzt er heute in die Tat um, was er bei Tardieu verdammt hat. Die Regierungspolitik trägt aus-

gesprochen kapitalistisch-reaktionäre Prägung.

Es vollzieht sich hier in Frankreich, im klassischen Land der bürgerlichen Revolutionen, im Lande Robespierres und Dantons ein Schauspiel, das wir in Deutschland und England beobachtet haben und überall noch erleben unter den Erschütterungen der Krise zerfallende Reste des liberalen Kleinbürgerturns in nichts. Indem Herriot seine Partei, die sich mit Stolz ihres jakobinischen Herkommens rühmt, in den Dienst einer vermodernden Welt stellt, die entweder durch eine neue Überwindung werden muß, damit die Menschheit leben kann, oder die unter ihren Himmeln alles Leben begraben wird; indem Herriot, der verspätete Spätkind der Revolution von 1789, sich zum Büffel und Schergen der überleben und blutnagelsten Reaktion macht, verwandelt er moralisch auch in Frankreich den Liberalismus. Die Unzufriedenheit mit Herriot's Politik, die in den Reihen der Radikalen immer häufiger und heftiger zum Ausdruck kommt, sind die ersten Anzeichen des beginnenden Zerfalls des politisch selbständigen Kleinbürgerturns.

Was also tut die französische „links“-Regierung gegen Arbeitslosigkeit, Budgetdefizit, Krise? Sie erhöht Umsatz-, Einkommen-, Verbrauchssteuern, spart am Schulfest und will die Beamtengehälter um 2 bis 10 Prozent kürzen. Das aber ist in gerade die kapitalistische Weisheit, die in Deutschland und anderen kapitalistischen Staaten durch ihre Erfolge ad absurdum geführt (widerlegt) ist. Auch in Frankreich wird die Anwendung dieser Maßnahmen nichts anderes hervorzufen, als den ewigen kapitalistischen Zirkel: Schwächung der Massenkaufkraft, weitere Verelendung der breiten Massen, Verschärfung der Krise, erzwungene Repressalien gegen die Leidtragenden eines Systems des Wahnsinns. Wie sollte die Politik einer Regierung, die sich ängstlich bemüht, den Rahmen des heiligen Kapitalismus nicht zu durchbrechen, auch andere Resultate erzielen können?

Nicht einmal mehr zu einem ehrlichen Pazifismus kann sich Herriot aufschwingen. Denn was in dem farnosen „plan constructif“, der in der SAZ schon kritisiert worden ist, an wahrhaftem Pazifismus steckt, wird niemand entdecken können. Daß er kurz vor der Veröffentlichung des Planes den militaristischen Leisetretern und Geschäftsmännern, vertreten durch den General Weygand, weitgehende Zugeständnisse machte, das zeigt ihn in seiner Abhängigkeit von dem schlimmsten Kriegshetzkerhangel. Es ist typisch, daß diese Regierung aus Sparsamkeitsgründen die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen ablehnt, ein Kriegs- und Rüstungsbudget dagegen ohne wesentliche Abschnitte gegenüber dem letzten Jahre in der Höhe von 15 345 000 000 Franken erfragen kann!

Wenn Frankreichs politisches Leben sich bisher ruhiger und geordneter abspielte als das Deutschlands, so lag das einmal sicherlich an dem anderen historischen Weg Frankreichs und seiner politischen Schulung und Erziehung. Doch in der Hauptsache lag es an der stabileren, wirtschaftlich gesicherten Basis des westrheinishen Staates. Bei der jetzt eintretenden Verelendung und Verschärfung der Krise und der Klassengegensätze, bei der einsetzenden Zerreibung des Mittelstandes wird auch das politische Leben bald härtere und schärfere Formen annehmen. Das ist mit Sicherheit vorauszu- sehen.

Die herrschende Klasse erkennt diese Tendenzen und richtet sich danach ein. Sie entfaltet eine unerhörte Hetzkampagne gegen die Arbeiterpartei und ihre führenden Funktionäre, wobei sie selbst vor versteckten Aufforderungen, mit bekannten Arbeiterführern persönlich „abzurechnen“, nicht zurückschreckt. Die Faschisten, die früher fast gar nicht in Erscheinung traten, machen sich jetzt stärker bemerkbar. Am 11. November, am Waffenstillstandstag, überfielen sie in guter Bewaffnung junge Sozialdemokraten, die von einer Demonstration heimkehrten. Ueberfälle und Störungen von Arbeiterversammlungen und -veranstaltungen häufen sich derart, daß sich die Sozialistische Partei gezwungen sah, zur Bildung von Abwehrorganisationen nach Art des österreichischen Schutzbundes aufzuziehen. Die Polizei — in Paris unter der Obhut des extremen Reaktions Chippie — ist äußerst gut organisiert und hat in ihren Reihen nur „zuverlässige“ Leute. Bei ihrem Vorgehen gegen Arbeiter und Arbeitlose, das oft in Gemeinschaft mit den Faschisten erfolgt, zeichnet sie sich durch besondere Roheit und Rücksichtslosigkeit aus.

Die Wirtschaftskrise wird Frankreich härteren innerpolitischen Kämpfen zutreiben. Die herrschende Klasse ist darauf gerüstet. Und das Proletariat? Vor dem politisch und gewerkschaftlich zerrissenen Proletariat erhebt sich jetzt dringender denn je das Erfordernis einer Einheitsfront. Zu dieser Frage, die manches Lehrreiche für die deutsche Arbeiterschaft enthält, soll in einem besonderen Artikel Stellung genommen werden.

Zuspitzung in Spanien

„Journal“ meldet aus Madrid, daß der gestrige Sonntag allenthalben eine Verschärfung der umstürzlerischen Agitation gebracht habe. In zahlreichen Städten, darunter Oviedo, Salamanca und Sevilla hätten Demonstrationen stattgefunden und seien Bombenschläge verübt worden. Die Lage sei derart, daß der Allgemeine Arbeiterverband an alle ihm angeschlossenen Arbeiter-Organisationen ein Rundschreiben gerichtet habe mit der Aufforderung, Umtriebe der gegnerischen Syndikalistischen und Kommunisten zu bekämpfen.

Um die Winterhilfe

Ganz ungenügende Regierungserklärung — Einstimmiger Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses — Heute Entscheidung im Haushaltsausschuß

Berlin, 10. Dezember.

VDZ. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beriet am Sonnabend die Anträge über die Winterhilfe. Den Vorsitz führt der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Ztr.). Zunächst beendeten die Parteien ihre Anträge. Die Kommunisten verlangen Gewährung von Winterhilfen an alle, auch die nicht unterstützten, Arbeitslosen und an die Sozialrentner. Die Sozialdemokraten fordern eine Winterhilfe für alle Unterstützungsempfänger, die in unentgeltlicher Belieferung mit Brot und Kohle und in verbilligter Abgabe von Fleisch besteht. Auch die Nationalsozialisten wünschen eine angemessene Weihnachts- und Winterhilfe durch Lieferung von Gegenständen des täglichen Bedarfs. Diese sollen von Bauern und dem gewerblichen Mittelstand geliefert werden, denen der Gegenwert auf ihre Steuern angerechnet werden soll.

Ministerialdirektor Krohn vom Reichsarbeitsministerium erklärte, daß die Reichsregierung unter Benutzung der Erfahrungen des Vorjahres auch in diesem Winter dafür gesorgt habe, daß eine Hilfsaktion für die Erwerbslosen durchgeführt werde durch Verbilligung von Lebens- und Bedarfsmitteln. Die Reichsbahn hat eine Frachtverbilligung für Kohle zugesagt, die Kohlen- und Kokspreise zugunsten der Hilfsaktion herabsetzen. In welchem Ausmaß die Reichsregierung selbst sich an der Hilfsaktion beteiligen wird, wird noch mit dem Haushaltsausschuß festzusetzen sein. Schon jetzt hat das Reich den Ländern und Fürsorgeverbänden Mittel zur Verfügung gestellt zur Verbilligung von Fleisch, dessen Preis pro Pfund 20 Pfg. unter dem normalen Preis liegt.

Der Personenkreis ist derselbe wie im Vorjahr. Die Hauptunterstützungsempfänger mit vier und mehr Zuschlagsempfängern werden wie im Vorjahr besonders bedacht. Schließlich unterstützt die Reichsregierung auch in diesem Jahre die Winterhilfssammlung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege.

Nachdem über die in diesem Vorschlag enthaltenen Anregungen eine längere Aussprache stattgefunden hatte, faßte der Ausschuß — in der Gesamtabstimmung — einstimmig folgende Beschlüsse:

„Die Reichsregierung wird aufgefordert, alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterhilfe gewährt wird. Der Personenkreis erstreckt sich auf alle Arten von Empfängern öffentlicher Unterstützung und Renten, wie Arbeitslose, Sozialrentner, Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte usw. Die Winterhilfe soll in unentgeltlicher Belieferung mit Naturalien, Kleidungsstücken usw. je nach den örtlichen Verhältnissen bestehen. Sie darf aber nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe stellt das Reich den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Verfügung.“

Dieser Beschluß wird mit Bezug auf seine finanziellen Auswirkungen im Haushaltsausschuß behandelt werden, der zu diesem Zweck am Montag zusammentritt.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde dem Vorsitzenden die Ermächtigung gegeben, den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts des Sozialpolitischen Ausschusses zu bestimmen.

Systematische Polizeiaktionen gegen die KPD

Bezirksparteitage werden aufgelöst!

Dortmund, 10. Dezember.

WTB. Der 14. Bezirksparteitag der kommunistischen Partei, der heute vormittag in der Westfalenhalle eröffnet wurde, ist auf Anordnung des Polizeipräsidenten wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung illegaler Maßnahmen aufgelöst worden.

Stettin, 10. Dezember.

Die Teilnehmer des Bezirkstages der KPD, Bezirk Pommern, wurden heute polizeilich durchsucht. Dabei wurden einige Exemplare einer verbotenen Broschüre und mehrere tausend Exemplare anderer Broschüren vorgefunden. Dem Hauptreferenten, der ein Thema, dessen Erörterung vor den Delegierten als Vorbereitung zum Hochverrat angesehen werden mußte, behandeln wollte, wurde dies untersagt. Zur Kontrolle darüber, daß tatsächlich das Thema nicht angeschnitten wurde, blieben mehrere Kriminalbeamte im Saale. Daraufhin löste die Leitung den Bezirkstag auf.

Erfurt, 10. Dezember.

WTB. Wie die Polizei bekanntgibt, war festgestellt worden, daß der verbotene Rot-Frontkämpfer-Bund besonders in letzter Zeit eine starke Aktivität entwickelte.

So wurde ermittelt, daß die Ortsgruppe Erfurt, die sich in ihrem Bestande stark vermehrt hatte, regelmäßige Wahrsports- und Schießübungen, nächtliche Übungen usw. veranstaltete.

Auch für die Nacht vom 9. zum 10. Dezember war vom RFB ein derartiger Abend auf dem Gelände des Arbeiterschützverbundes Gispersleben bei Erfurt angesetzt. Ein größeres Aufgebot von Schutz- und Kriminalpolizei besetzte das Gelände. Beim Eindringen in die Baulichkeiten wurde der Polizei heftiger Widerstand entgegengesetzt, der sich zu tätlichen Angriffen steigerte. Die Polizei war daher gezwungen, zur Brechung des Widerstandes von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, wobei ein Mitglied des RFB verletzt wurde. 29 Personen wurden festgenommen. Erhebliches Material sowie eine Anzahl Waffen wurden beschlagnahmt.

Bremen, 11. Dezember.

CNB. Die Polizei hob am Sonntag früh eine von rund 160 Personen besuchte Versammlung des Kampfverbandes gegen den Faschismus auf. Die Maßnahme wird damit begründet, daß der Verdacht der Vorbereitung des Hochverrats gegeben war. Die Beamten beschlagnahmten umfangreiches Material.

Klassenjustiz!

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Bad Schandau (Elbe), 11. Dezember.

CNB. Die Dritte Große Strafkammer Dresden verurteilte am 6. Dezember zwölf Arbeiter und Arbeiterinnen zu insgesamt 29 Monaten Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruches in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Unbekannte hatten Ende Juli auf dem 75 Meter hohen Schornstein der Roeflerschen Papierfabrik in Rathmannsdorf-Plan eine rote Fahne befestigt. Zwei Schandauer Nazis warfen am Sonnabend, 30. Juli, die Fahne vom Schornstein herunter in den Hof. Auf der vorbeifahrenden Straße hatte sich eine Menge Arbeiter eingefunden, die ihrer Empörung ungehört in Rufen Luft machten. Ein Teil dieser Arbeiter überstieg einen Zaun, um die rote Fahne, die als ihr Symbol nicht im Schmutze liegen bleiben sollte, herauszuholen. Den beiden Nazis sollen dann auf dem Nachhausewege in Wendischfähre noch Schwierigkeiten bereitet worden sein, u. a. soll der Angeklagte Hesse aus Wendischfähre die Fahne in das Motorrad der beiden Nazis geworfen haben.

Zs erfolgte dann eine Zusammenrottung in Wendischfähre vor einem dem Wendischfährer Nazi-Arzt Dr. Winkler gehörigen Grundstück, in dem schon längere Zeit auf einem Mast eine Hakenkreuzfahne hängt. In begreiflicher Erregung versuchten verschiedene Arbeiter, diese Fahne herunterzuholen, wobei der Mast und sein Sockel beschädigt wurden.

Der Arbeiter Hesse erhielt sieben

Monate Gefängnis, der Maurer Müller wegen der in bezug auf die Nazifahne getanen Äußerung „Nun halt sie herunter! Wozu sind wir denn hergekommen?“ sechs Monate Gefängnis. Diese Äußerung hat außer den Zeugen überhaupt niemand gehört. Sieben Angeklagte erhielten wegen Uebersteigen des Zaunes, das als schwerer Hausfriedensbruch angesehen wurde, je zwei Monate Gefängnis, während zwei Frauen, die das Grundstück Roefler durch ein Tor betreten hatten und lediglich das Bestreigen des Schornsteins durch die Nazis beobachteten, je einen Monat Gefängnis erhielten — das Gericht mußte ihnen aber drei Jahre Bewährungsfrist zubilligen. Einer der Angeklagten mußte freigesprochen werden, da ihm eine strafbare Handlung überhaupt nicht nachgewiesen werden konnte. Sämtliche Verurteilte werden gegen ihre Urteile Revision einlegen. — Fürwahr, Schleicher-Deutschland kann auf seine Justiz stolz sein!

Ein Jahr Zuchthaus wegen 8.70 Mark!

Ein tolles Urteil auf Grund der Terror-Notverordnung

(Eigener Bericht der „SAZ“)

CNB. Vor der Großen Strafkammer in Dortmund stand der Wollfahrtserwerbslose August Köhler, der sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte seiner

Sohn verschiedentlich nicht zur Schule geschickt und sollte dieshalb eine Schulstrafe von 8,70 Mark zahlen. Da er diesen Betrag nicht aufbringen konnte, errieth die Polizei, um ihn in eine Haftstrafe zu nehmen. Es entspann sich ein Konflikt, in dessen Verlauf es zu einer Rauferei zwischen dem Beamten und dem Angeklagten kam. Das Gericht verurteilte Köhler wegen dieser Vorgänge auf Grund des § 7 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. August 1932 zu der gesetzlichen Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus. Der Angeklagte ist ein vollkommen unbescholtener Mann, der in seinem ganzen Leben mit den Gesetzen nicht in Konflikt gekommen ist. D. h.

Verfahren eingestellt — natürlich!

Karlsruhe, 10. Dezember.

Das gegen den Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung der NSDAP in Baden, Dipl. Landwirt Walter Plesch, anhängige Hochverratsverfahren wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft aus tatsächlichen Gründen eingestellt.

Das Verfahren hatte ein von Plesch entworfenes Rundschreiben des „Agrarpolitischen Apparates“ der NSDAP zum Gegenstand, in dem Maßnahmen gegen einen kommunistischen Aufstand erörtert worden waren. Dieses Rundschreiben war bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden. Die badische Regierung hatte seine Veröffentlichung veranlaßt. Auch im Landtag hat der „Agrarpolitische Apparat“ eine große Rolle gespielt.

Kommunistisches Manifest beschlagnahmt!

Wie die kommunistische Presse berichtet, hat die Berliner Polizei dieser Tage in sämtlichen Arbeiterbuchhandlungen das kommunistische Manifest von Marx und Engels beschlagnahmt.

Diese „hochverräterische“ Schrift ist seit 84 Jahren in Millionen und aber Millionen von Exemplaren, in Dutzende von Sprachen übersetzt, über die ganze Erde verbreitet. Es hat die Arbeitermassen aller Erdteile zum Kampf gerufen und ihnen die Gesetze des proletarischen Befreiungskampfes vermittelt. Den Machthabern und Polizeigewaltigen war diese Schrift natürlich immer ein Dorn im Auge. Daß man sich jetzt nach 84 Jahren zur Beschlagnahme des kommunistischen Manifestes entschlossen hat, ist ein Witz der Weltgeschichte — aber doch auch ein neuer Beweis dafür, daß bei der Zuspitzung des Klassenkampfes die Werkzeuge der Bourgeoisie immer nervöser werden und immer frechere Maßnahmen gegen das Proletariat ergreifen.

Entlarvter Schwindel

Supingwen nicht ausgeliefert

Um die Sowjetunion in der ganzen Welt zu infamieren, verbreiteten die japanischen und englischen Telegraphenagenturen tagelang die Meldung, daß die Sowjetunion den auf ihr Gebiet übergetretenen chinesischen General Supingwen mit seinen 3000 Mann an Japan ausgeliefert hätte.

Jetzt — leider sehr spät — widerlegt die amtliche Telegraphenagentur der Sowjetunion den ganzen Schwindel. Sie veröffentlicht den diplomatischen Meinungsaustausch zwischen Japan und der USSR über diese Frage. Daraus geht eindeutig hervor, daß die USSR das Auslieferungsgeschehen Japans von Anfang an strikte abgelehnt hat und sich auch keinerlei Vorschriften über die weitere Behandlung Supingwens (ob er nach seiner Entwaffnung weiter interniert bleiben oder freigelassen werden soll) von Japan machen ließ.

Diese eindeutige Widerlegung ist höchst erfreulich. Mit aller Schärfe muß aber gegen die hinterhältigen Vereundermethoden der englischen und japanischen Presse Protest erhoben werden.

Bezeichnende Übereinstimmung

Die „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der KPD, nimmt in ihrer Nummer vom Donnerstag Stellung zur Generalversammlung der schlesischen Metallindustriellen. Da dies im Leitartikel geschieht, ist es als eine offiziöse Meinung der KPD-Bezirksleitung zu werten.

Aus Raumangel beschränken wir uns auf die Charakteristik einer Blüße, welche allerdings äußerst grell beleuchtet, wohin die KPD mit ihrer nationalistischen Politik getrieben wird. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

„Der Referent auf dieser Industriellen-tagung hob hervor, daß die Wirtschaftskrise in Schlesien durch das Versailler Diktat besonders scharf ist. Auch wir haben auf dem 17. Bezirksparteitag in der politischen Entscheidung zur Wirtschaftskrise in Schlesien die Feststellung getroffen, daß hier die Krise durch das Versailler Diktat besonders scharf ist.“

Man stelle sich vor: Auf einer Tagung der übelsten Scharfmacher wird, um den Lohnabbau und die Massenbelästigungen zu begründen, der Versailler Vertrag als Uebel aller Uebel zitiert. Acht Tage später übernimmt die Bezirksleitung der Partei, welche eigentlich berufen wäre, den läugerischen Schleier der Profiträger zu zerreißen, wortwörtlich die Feststellung der Industriellen. Das heißt in der Konsequenz, den Lohnabbau zu rechtfertigen. Gibt es einen besseren Beweis für die tiefe Krise der KPD, und die Notwendigkeit der Stärkung der SAP?!

„So machen's schon die kleinen Bonzen...“

Stadtverordnetensitzung in Oels — 500 Prozent Bürgersteuer — für die Erwerbslosen statt 10000 nur 4000 Mark — aber 1000 für Luftschutz und 2500 für ein Kriegerdenkmal — SPD vertritt die Interessen des Bürgertums

Zu Beginn wird vom Vorsitzer kategorisch mitgeteilt, der Regierungspräsident habe für Oels die Negersteuer auf 500% festgesetzt.

Dann ging es los: Antrag des Ortsausschusses des ADGB und der Arbeiterwohlfahrt, der schon seit einiger Zeit dem Magistrat vorgelegt worden war und den sich nunmehr auch die SPD-Fraktion „zu eigen“ machte. Stadtverordneter Kadler, der Fraktionsführer der SPD, begründet den Antrag, der eine einmalige Winterbeihilfe für alle Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentner sowie der Ortsarmen verlangt und dafür einen Betrag von annähernd 10000 Mark vorsieht.

Kadler aber ist der Meinung, daß es keinen Zweck habe, Anträge zu stellen, die doch nicht angenommen oder durchgeführt würden, weil

keine Deckung vorhanden sei.

Er empfiehlt deshalb, ohne daß sich auch nur ein einziger Stadtverordneter gegen einen höheren Betrag gewandt hätte,

nur für 4000 Mark zu stimmen,

weil für diesen Betrag „Deckung“ vorhanden sei.

Für Luftschutz und Kriegerdenkmal war aber Geld „mit Deckung“ vorhanden — doch davon später.

Kadler hat hier sogar das Bürgertum übertrumpft, denn einem Mitglied der bürgerlichen Fraktion, Friedrich Wilhelm Schmidt, schien das zu weit zu gehen. Er empfahl nämlich den Zusatz „mindestens“ 4000 Mark für die Erwerbslosen auszugeben. In dieser Form wurde auch der Antrag dann einstimmig angenommen.

Im Verlauf der Debatte über diesen und einen anderen Antrag, an dem sich alle Stadtverordneten,

außer der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Fraktion,

für eine reichliche Unterstützung der Erwerbslosen aussprachen, waren besonders einige Ausführungen des Stadtverordneten Langner interessant, aus denen hervorging, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kreis Ausschusses mit für noch niedrigere Unterstützungssätze gestimmt haben, als durch die Papen-Notverordnung vorgeschrieben waren.

Die zahlreich im Zuhörerraum anwesenden Proleten waren über das Verhalten der SPD in dieser ganzen Angelegenheit zum Teil recht ungehalten. Man hörte wiederholt den Ausspruch:

„So machen's schon die kleinen Bonzen. Wie mögen's erst die großen machen?“

Nach einigen kleineren Punkten fand der Krankenhaus-Streit und der Stadtkreis ebenfalls seine Erledigung. Es wurde ein Nachtragsantrag beschlossen, nachdem der Kreis im Krankenhausauschuss mit beratender Stimme einen Sitz erhält. Die Wasserversorgung der Stadt Oels förderte wieder einmal eine ziemlich ausgedehnte Diskussion zufolge. Schließlich wurde beschlossen, einen zweiten Ersatzbrunnen zu bauen.

Eine weitere Magistratsvorlage fordert 1000 Mark für den zivilen Luftschutz. Diese Mittel sollen aus den Überschüssen der städtischen Betriebswerke genommen werden. Die Stadtverordneten Gallasch und Niekisch (SPD) sprechen sich im allgemeinen,

wenn auch nicht grundsätzlich,

gegen die Vorlage aus. Stadtverordneter Stoffel (KPD) und Welz (SAP) nehmen grundsätzlich dagegen Stellung und weisen auf die Unsinnigkeit des sogenannten „Luftschutzes“ hin.

Die bürgerlichen Vertreter: Es handle sich nicht um große, umfassende Maßnahmen, dazu fehlen die Mittel von Reich und Staat, sondern nur um Deckung der Werbungskosten und Anschaffung von einigen Gasmasken für Feuerwehr und Sanitätskolonne. Zur Sicherheit der Bevölkerung sei das notwendig; denn die polnische Grenze sei in der Nähe und man könne doch nie wissen... (11)

Der Antrag wird mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Die SPD-Fraktion, deren Führer ja Schriftführer beim Luftschutzverband ist, hat geschlossen dafür gestimmt.

Aber es sollte noch toller kommen. Der Kriegerverein hat im Laufe der Jahre Geld gesammelt und will nun durchaus ein Kriegerdenkmal errichten. Dazu soll aber die Stadt ein zwei Morgen großes Gelände am Jahnweg, oberhalb der städtischen Teiche, spendieren und außerdem ein „Darlehen“ von 2500 Mark zu 4 Prozent gewähren. Die gärtnerischen Anlagen und die Unterhaltung des Platzes soll die Stadt gratis übernehmen. Die Planierungsarbeiten sollen

im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt werden. Stadtv. Niekisch (SPD) spricht sich im allgemeinen dagegen

aus, im besonderen, daß der Platz verschenkt werden soll.

Zu einer grundsätzlichen Stellungnahme langt es aber auch nicht.

Unser Genosse Welz spricht sich mit aller Schärfe gegen einen solchen Unfug aus. Nicht Gedenksteine, sondern Brot und Kohle, das wäre die beste Ehrung. Als Genosse Welz bei dieser Gelegenheit den Fraktionsführer der SPD darauf aufmerksam macht, wenn der Magistrat sich noch derartige Ausgaben leisten kann, der Nachweis erbracht ist, daß doch viel mehr Deckung als für 4000 Mark zugunsten der Erwerbslosen vorhanden sei, wenn die Bürgerlichen sich eben nicht scheuten, rücksichtslos zu verlangen, was ihnen wünschenswert erscheint und lediglich Kadler nicht den Mut aufgebracht habe, das zu vertreten, was im Interesse der Aermtisten der Armen gelegen hätte, geriet Kadler vollkommen aus dem Häuschen und schimpfte über „Demagogen“ des Gen. Welz. Die Deckung für die Winterbeihilfe für die Erwerbslosen sei wirklich nicht höher als 4000 Mark; gewiß sei für Luftschutz und für das Kriegerdenkmal Geld vorhanden; das müsse man doch auseinander halten (!). Das Kriegerdenkmal kame außerdem der Stadt gar nicht so teuer, denn der Platz könne man augenblicklich doch nicht verkaufen und die Blumen für die Anlagen kämen ja aus der Stadtgärtnerei usw.

Starker Beifall der bürgerlichen Stadtverordneten befohle

seine Propagandarede für das Kriegerdenkmal. — Der „Volksfreund“ befindet an dieser Stelle:

„Starken Beifall erntete unser Genosse Kadler, als er die Demagogen eines Richard Welz zurückwies...“ usw. Und

Die Kirche läßt ihn fallen

Als die Nachricht von der Verhaftung des Nazipastors Fuchs an die Presse weitergegeben wurde, brachten die bürgerlichen Zeitungen diese Nachricht still und bescheiden in möglichst unauffälliger Form.

Jetzt finden wir aber in der bürgerlichen Presse in Fettdruck die Notiz von der Suspendierung des Pastors Fuchs prangen.

„Gegen Pfarrer Fuchs, Dittmannsdorf, ist im Zusammenhang mit der Kynauer Sprengstoffaffäre am 9. Dezember richterlicher Haftbefehl ergangen. Darauf hat das Evangelische Konsistorium, wie die gesetzlichen Bestimmungen es erfordern, seine vorläufige Dienstenthebung (Suspension vom Amt) verfügt.“

Ja, ja, wenn man gar nicht mehr anders kann, dann läßt man selbst eine solche treue Stütze der Kirche, wie den Pastor Fuchs, fallen und rückt von ihm ab.

Die Weltwirtschafts-Krise Vortragsabend mit Sternberg im Bildungsverband der Buchdrucker

Wieder ein voller Saal — über 100 Buchdrucker-gewerkschafts-genossen und 130 Genossen anderer Gewerkschaften sind erschienen. Und doch nur eine Veranstaltung ohne Werbung nach außen, beschränkt auf Mitglieder, deren Angehörige und Gäste. Alle Besucherzahlen der Veranstaltungen des Bildungsverbandes wurden überboten, trotzdem schon der Vortragsabend mit Dr. Fabian (Breslau) die bis dahin nie erreichte Zahl von 170 Besuchern aufwies. Sichtbare Beweise der Anerkennung für die Bemühungen des Bildungsverbandes, daß er neben seiner Pflege der beruflichen Weiterbildung der Erörterung kultur- und wirtschaftspolitischer Fragen, welche die Arbeiterschaft heute bewegen, in seinem Arbeitsplan Raum gibt. Sein Versuch, kritisch-wissenschaftlich die Probleme zu untersuchen und eine sachliche kameradschaftliche Diskussion innerhalb der Arbeiterschaft anzuregen und zu vermitteln, ist mit gutem Erfolg geglückt.

In begrifflich leicht verständlicher Form sprach Dr. Sternberg eingehend über die heutige Krise des kapitalistischen Systems, ihre Ursachen, Zusammenhänge und Bedingungen. Seine Betrachtung des Kapitalismus der Vorkriegszeit, dessen stetige Aufwärtsbewegung und Möglichkeiten der damaligen Krisenüberwindung ließ die Unterschiede zum Heute eindringlich hervortreten. Die scheinbare zeitweise Widerlegung und jetzt durch die Tatsachen nur zu sehr bewiesene Richtigkeit und Bestätigung der von Karl Marx vorausgesagten Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, die Rolle des Reformismus in Vor- und Nachkriegszeit waren weitere wesentliche

dann wörtlich: „Das war der Beifall der Männer, die zu sachlicher Arbeit...“ usw.

Diese „Männer“, das sind im Oelser Stadtparlament die Herren von der bürgerlichen Fraktion und vom Zentrum. Wir gratulieren der SPD zu diesem Erfolg. Die Geistesverwandtschaft der SPD mit dem Bürgertum ist uns ja längst nichts neues mehr. Sie hat lediglich in der letzten Stadtverordnetensitzung und im Bericht des „Volksfreund“ erneut ihre Bestätigung gefunden.

Als unser Genosse Welz noch einmal zu Wort kam, wies er Kadler sichtlich, aber entschieden zurück. Seine Ausführungen waren keinesfalls im Sinne der Arbeiterschaft, was ja am treffendsten der starke Beifall der Bürgerlichen beweise.

Für das Kriegerdenkmal spricht sich auch Nazi-Ochmann aus. Auf einen Zwischenruf von Stoffel rief er Angriffe gegen Sowjet-Rußland, die dann Stoffel in seiner Rede zurückweisen will. Als ihn der Vortrager aufforderte, zur Sache zu reden, leistet er nicht Folge und holt sich drei Ordnungsrufe. Als er den Saal nicht verläßt, verlassen ihn die Bürgerlichen und der Fraktionsführer der SPD. Dasselbe wiederholt sich, als Stoffel, nachdem er schon den Saal verlassen hatte, zurückkehrte, als auch die anderen Stadtverordneten bereits zurückgekehrt waren. Inzwischen hat auch Ochmann wegen Beleidigung des Vorsitzers seinen dritten Ordnungsruf erhalten und auch er muß den Saal verlassen. Als Ochmann und Stoffel draußen sind, wird die zweimal unterbrochene Sitzung fortgesetzt. Der Antrag des Kriegervereins wird mit allen bürgerlichen gegen alle Arbeitersimmen angenommen.

Man wird den Witwen und Waisen Steuern geben statt Brot.

Noch einer

Gegen den Gastwirt Franke ist wegen dringenden Tatverdachts und Begünstigung, gegen den Pfarrer Fuchs wegen des dringenden Tatverdachts und Beihilfe zu den Sprengstoffdiebstählen in Kynau und wegen Verdunkelungsgefahr von dem Amtsgericht Haftbefehl erlassen worden.

Na also ...!

Waffenfunde im Schloß Kynau

Waldenburg, 9. Dezember.

Bei einer Haussuchung in dem Schloß des wegen Verdachts der Beteiligung an dem Kynauer Sprengstoffdiebstahl festgenommenen Barons von Zeditz-Neukirch fand die Polizei eine Anzahl Gewehre und Revolver und einen Teil des in Kynau gestohlenen Sprengstoffs. Der übrige Sprengstoff konnte ebenfalls zum größten Teil aufgefunden werden, und zwar zum Teil im Schloßteich, zum Teil in der Tal-sperre.

Gedankengänge in Dr. Sternbergs Referat. Nach einer Beleuchtung der politischen Situation bildete den Abschluß die Herausstellung der Folgerungen für die Arbeiterklasse: Kampf um den Sozialismus oder Untergang in die Barbarei. Die Krisenlösungsversuche des Kapitalismus: verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung, und als weitere Möglichkeit: der imperialistische Krieg, können nur abgelöst und beendet werden durch die Diktatur des Proletariats!

Die Aussprache beschränkte sich auf Fragenstellung. Auch das Schlußwort Dr. Sternbergs fand lebhafteste Zustimmung. Ein Vortragsabend, dessen Wirkung sicher zum Besten der Arbeiterschaft nachhaltig ausklingen wird. P. W. M.

Auch Zahlen der Krise

Am Sonnabend tagte in Breslau der Schlesische Bäderverband. Aus dem Geschäftsbericht konnte man eine Reihe interessanter Zahlen über die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf den schlesischen Badebetrieb entnehmen. Die Besucherzahl der schlesischen Kurorte ist im Durchschnitt

um 27 Prozent gegenüber dem Jahre 1929 zurückgegangen.

obgleich im Laufe dieses Jahres im ganzen die Preise um 20 Prozent herabgesetzt worden sind.

An sich könnten aus die Zahlen ja gleichgültig bleiben, da den krank-n Proleten die Heilbäder im bürgerlichen Klassens-taate ja so-wieso verschlossen sind. Sie geben aber andererseits einen kleinen Teilausschnitt aus dem zusammenbrechenden kapitalistischen Wirtschaftssystem Deutschlands.

9 Tote, 190 Verletzte im November

Statistik der Verkehrsunfälle

Im November wurden im Bereich des Polizeibezirks Breslau 287 Verkehrsunfälle angezeigt. Das sind 100 weniger als im Oktober ds. Js.; die Zahl hält sich aber im Rahmen des gleichen Monats der Jahre 1930 und 1931. Auffallend ist, daß eine Reihe von Verkehrsunfällen im vergangenen Monat sehr unglücklich abgelaufen sind. Getötet wurden neun Personen, verletzt 190, davon 72 so schwer, daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Unter den Todesopfern befinden sich fünf Fußgänger, drei Radfahrer und ein Fahrgast.

Ein zweites Todesopfer der Kohlenoxydvergiftung

Vor einigen Tagen erlitten in einer Wohnlaube in Breslau-Cawallen drei Personen Kohlenoxydvergiftungen. Ein junges Mädchen starb, wie bereits gemeldet, auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Auch das zweite Mädchen, die Hausangestellte Klara M., ist inzwischen an den Folgen der Vergiftung verstorben. Wie noch mitgeteilt wird, dürfte nicht das auf dem Ofen liegende Holz, sondern die im Ofen glühende Kohle die Ursache der Kohlenoxydgasbildung sein. — Der dritte Verunglückte, der Hausdiener K., befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Wir hatten zu der ersten Nacht, die vor ein paar Tagen erschienen war, eine kleine kritische Befragung über das Flend in den Wohnlauben gebracht. Diese Befragung bestand in diesem Falle zu Unrecht, da wir inzwischen feststellen konnten, daß es sich nicht um eine ständig bewohnte Laube handelt, sondern um eine Behausung, in der ausnahmsweise die drei Verunglückten eine Nacht geschlafen haben.

Fünf schwere Verkehrsunfälle

Breslau, 10. Dezember.

WSL. Gestern nachmittag lief der neun-jährige Schüler Alfred Scheer rücklings auf den Fahrdamm und in einen Kraftwagen hinein. Das Kind wurde heftig zu Boden geschleudert und blieb besinnungslos liegen. Der Kraftwagenführer schaffte den schwerverletzten Schüler ins Krankenhaus. Dort ist er infolge Schädelbruches in den Abendstunden verstorben.

Auf der Trachenberger Straße hatte sich der zehnjährige Schüler Günther Binner gestern nachmittag an ein Fuhrwerk angehängt. Plötzlich sprang er ab und lief auf die Straßenbahngleise. Im selben Augenblick kam ein Straßenbahnzug. Der Schüler wurde angefahren und erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Er wurde ins Allerheiligen-Hospital gebracht. Sein Zustand ist bedenklich.

Am Nikolai-Stadtgraben wurde eine Rad-fahrerin, die Verkäuferin G., von einem Personenkraftwagen erfaßt, zu Fall gebracht und von einem nachfolgenden Lieferkraftwagen überfahren. Mit einer schweren Kopfverletzung und einem komplizierten Unterschenkelbruch wurde die Verunglückte ins Krankenhaus gebracht. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Hindenburg, 10. Dezember.

WSL. In Mikulitzsch wollte der Autobus-schaffner Kotlich aus Hindenburg einen Omnibus, mit dem er nach Hindenburg zurück-fahren wollte, anhalten, indem er sich mitten auf die Straße stellte und die Hand hoch-hielt. Er wurde jedoch von dem Autobus er-faßt und etwa acht Meter weit mitgeschleift. Mit einem schweren Schädelbruch wurde er ins Krankenhaus geschafft.

Gleiwitz, 10. Dezember.

WSL. Auf der Coseler Landstraße wurde gestern abend der Arbeiter Lassak besinnungslos mit einem schweren Schädelbruch aufgefunden. Nach Zeugenaussagen ist er von einem Kraftfahrzeug überfahren worden. Er wurde in bedenklichem Zustand in das Kran-kenhaus eingeliefert.

Vom Motorradfahrer getötet

Görlitz, 9. Dezember.

WSL. Bei Rauscha wurde der Rentner Langer von einem Motorradfahrer angefahren. Er wurde mit schweren Verletzungen ins Kran-kenhaus gebracht, wo er verstarb. Der Fahrer erlitt Kopfverletzungen, während der Sozias-fahrer unverletzt blieb.

Schadenfeuer

In Klein-Gandau brannte eine Felscheune nieder. Ueber 1000 Zentner Stroh fielen den Flammen zum Opfer. Das Feuer soll durch fahrlässige Benutzung von offenem Licht durch Obdachlose hervorgerufen worden sein.

Aus der Partei

Neuer Mitkämpfer. In Barth (Pommern) ist Genosse Rudolf Reinecke, der 17 Jahre Mitglied der SPD war und zuletzt 8 Jahre der KPD angehörte, zur SAP überge-treten. Genosse Reinecke war früher Führer des RFB und zuletzt Führer des Kampf-bundes gegen den Faschismus. Wir begrüßen ihn in unseren Reihen.

Berlin organisiert die Sklaverei

Gründung einer Berliner Arbeitsdienstgemeinschaft

Der Berliner Städtische Nachrichten-Dienst macht folgende für die Berliner Arbeiterbevölkerung alarmierende Mitteilung:

„Die Stadt Berlin kann im Verhältnis zu der Zahl ihrer erwerbslosen Jugendlichen nur wenige Arbeitsgelegenheiten bereitstellen, die für den Freiwilligen Arbeitsdienst geeignet sind. Die erzieherische Aufgabe des PAD kann

nur in geschlossenen, von der Großstadt hinreichend abgelegenen Lagern

voll erfüllt werden. Für die Einrichtung solcher Lager können daher nur einige Außenbezirke und aus der zentralen Verwaltung die Stadtgüter, städtische Forsten und die Stadtentwässerung in Betracht.

Der „Träger des Dienstes“, der die Arbeitsdienstwilligen sammelt und das Leben der Lagergemeinschaft erzieherisch gestaltet, insbesondere Lagerführer und Unterführer in Stunmgruppen stellt, wird bei den Arbeiten der Bezirke vom Bezirksamt bestimmt; zum Teil sind es die Ortsausschüsse für Jugendpflege und Leibesübungen, zum Teil die Jugendämter, zum Teil Verbände verschiedenster Art. Für die Arbeiten der zentralen Verwaltung mußte eine Regelung gesucht werden, die vor allem den besonderen jugendfürsorglichen und jugendpflegerischen Aufgaben der Berliner Stadtverwaltung Rechnung trug und den nichtorganisierten Jugendlichen ebenso wie den organisierten Jugendlichen eine Beteiligung ermöglichte. Deshalb wurden zunächst zwei politisch und weltanschaulich nicht gebundene Organisationen (?) gewählt, der Berliner Verein für Volks-erziehung (Pestalozzi-Fröbel-Haus) und der Förderkreis für märkische Arbeitslager, die die Arbeitsgruppen gemeinsam mit den Jugendämtern (Stadtjugendpflegerin) zusammenstellten.

Da sich weitere Organisationen bereit erklärten, auf derselben Grundlage der sogenannten Volkslager mitzuwirken, in denen sich im Sinne des Reichskommissars junge Leute verschiedener Berufe, Herkunft und Weltanschauung

zu gemeinsamer Arbeit am Volksganzen zusammenfinden, ist nunmehr eine Berliner Arbeitsdienst-Gemeinschaft gegründet worden, die einheitlicher Dienstträger für alle Arbeiten der zentralen Verwaltung ist und auch von einzelnen Bezirken bereits in Anspruch genommen wird. Mitglieder sind u. a. die Berliner Ortsgruppen der Technischen Nothilfe,

des freigewerkschaftlichen sozialen Dienstes für Arbeitshilfe,

des Reichsbundes für Arbeitsdienst, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der Deutschen Turnerschaft, der Kyrillhäuser-Jugend, des Hauptkriegerverbandes. Zurzeit sind fünf Arbeitslager, und zwar auf den städtischen Gütern Joachimshof-Vogtsbrügge bei Havelberg, Ribbeckshorst bei Nauen und Lanke bei Bernau, sowie im Stadtforst Spandau im Betrieb. Weitere sind in Vorbereitung.

Wir haben diese Mitteilung des von dem Sozialdemokraten Dr. Lohmann geleiteten Städtischen Nachrichten-Dienstes wörtlich wiedergegeben, weil sie den Sinn und das Wesen des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ außerordentlich treffend wiedergibt. Es wird da erklärt, daß der „Freiwillige Arbeitsdienst“ seine Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn die geschlossenen Lager hinreichend abgegrenzt sind.

Was heißt das? Das bedeutet, daß die Jugendlichen bewußt in die Primitivität, in die Barbarei herabgedrückt werden sollen. Sie sollen allen Einflüssen einer höheren geistigen und gesellschaftlichen Kultur entzogen und wahllos den Einflüssen des stumpfen und dumpfen Drills der Kasernen- und Barackenluft, dem faschistischen und halbfaschistischen Volksgeist ausgeliefert werden. Es ist der barbarische, geist- und kulturlose Ungeist des preußisch-deutschen Militarismus, dieser brutalsten und niederträchtigsten Form des Militarismus, der sich hier ausbreitet.

Noch deutlicher geht das aus dem Teil der Veröffentlichung hervor, wo erklärt wird, daß die Berliner Arbeitsdienstgemeinschaft

vor allem die Organisation sogenannter Volkslager

zur Aufgabe stellt, in denen Leute verschiedener Weltanschauung „zur gemeinsamen Arbeit am Volksganzen“ zusammengefaßt werden. Was ist das anders als unter dem Deckmantel der Ueberparteilichkeit in Wahrheit faschistische Propaganda treiben? Denn Volksgemeinschaftsideologie in einer Gesellschaft, die auf Klassenherrschaft und Ausbeutung — zumal einer so barbarischen wie der Ausbeutung für Kasernenluft und 30—50 Pfennige Taschengeld — beruht, ist faschistische Ideologie. Von den beiden weltanschaulich nicht gebundenen Organisationen steht die eine, der „Förderkreis für märkische Arbeitslager“,

völlig unter militaristischem und faschistischem Einfluß, im „Berliner Verein für Volks-erziehung“ sind reaktionäre und faschistische Einflüsse überwiegend. Das aber, was die Arbeiterklasse am meisten dabei alarmieren muß, ist

die Beteiligung der freien Gewerkschaften an diesem Volksgemeinschafts-Rummel

und an der Auslieferung der proletarischen Jugend an die Beeinflussung durch Militaristen und Faschisten. Die freien Gewerkschaften marschieren hier auf.

Arm in Arm mit der Streikbruchorganisation, der Teno (Technische Nothilfe),

mit der kriegshetzerischen Deutschen Turnerschaft und den Kriegervereinen, von

dem faschistischen „Reichsbund für Arbeitsdienst“ abgeschnitten.

Und der unter starken sozialdemokratischen Einfluß stehende Berliner Magistrat, der eben erst die brutalsten Sparmaßnahmen verfügte, vorschleudert die bitter notwendigen Mittel dafür, um aus der proletarischen Jugend militarisierte in primitive Barackenlager gesperrte Sklaven zu machen, die für einen Sklavenlohn schuften. Die Mitglieder der Berliner freien Gewerkschaften, die sozialdemokratischen Arbeiter vor allem müssen gegen diesen unerhörten Skandal auftreten und laut und vernehmlich fordern:

Schluß mit jeder Form von Arbeitsdienst, Schluß mit dieser „modernen“ Art von Sklaverei! Wir wollen vorwärts zum Sozialismus, wir wollen nicht rückwärts in die Barbarei!

Die Opposition wächst

Generalversammlung im 3. Berliner Buchdrucker-Bezirk

Auf der Tagesordnung der Generalversammlung stand: 1. die Wahl der Bezirksleiter und des Bezirksvorstandes, 2. die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Berliner Gaus für das Jahr 1932, 3. Bericht, 4. Beratung der Anträge auf Aenderung der Statuten.

Die Amsterdamer Richtung (SPD) schlug vor, die Wahl der Bezirksleitung en bloc ohne Diskussion vorzunehmen. Genosse Kressmann protestierte und schlug vor, über die Wahl der Bezirksleitung zur Diskussion zu kommen. Erst erfolgte großer Widerspruch, und dann wurde über die vergangene Arbeit des Bezirksleiters Tilgner (SPD) diskutiert.

Es fiel den Amsterdamer ein wenig auf die Nerven, als der Genosse Kressmann ihn sehr scharf aber sachlich angriff.

Es kam dann zur Wahl der Bezirksleitung, bei der Tilgner und Genossen wiedergewählt wurden, und zwar mit 215 Stimmen gegen 139 der Opposition! (Im vorigen Jahre wurden 300 für die Amsterdamer und 80 für die Opposition abgegeben.) Vorher gab es einige Auseinandersetzungen, weil die reformistische Bezirksleitung nicht auszuhalten wollte, bis sie durch den großen Protest der Versammlung dazu gezwungen wurde. Dann hielt der neue Bezirksleiter Tilgner seine neue Antrittsrede, die er in einer demagogischen Art und Weise vom Stapel ließ und die er mit dem Grub „Freiheit“ endete, worauf die Kollegen protestierten und riefen: „Dient das der Einheitsfront?“

Tilgner gab dann den Bericht über Erwerbslosenstand, Arbeitsvermittlung und Weihnachtsunterstützung. Er kam dann zu

seinem politischen Teil und griff die Opposition an, wobei er die falsche Taktik der RGO weidlich für sich ausnutzte. Er trat dann für den weiteren Kuhhandel auf parlamentarischen Wege ein, um zum Sozialismus zu gelangen. Dabei verlas er den Brief des ADGB-Vorstandes an Schleicher.

Als erster Diskussionsredner sprach von der Opposition der Genosse Urbahns (Leninbund) und rechnete einmal mit dem Kurs des ADGB ab. Er wies auf den Klassenvertrag im ADGB hin, und zwar auf die Verhandlungen des ADGB mit Schleicher und NSBO und NSDAP. Als zweiter Diskussionsredner sprach Genosse Kressmann. Er rechnete mit den Reformisten ab und endete mit den Worten: „Nicht ‚Freiheit‘ und nicht ‚hoch die SAP‘, sondern: hoch die Einheitsfront des Proletariats!“

Die Generalversammlung nahm dann Stellung zu folgendem Maulkorbtraktat des Gauvorstandes: „Mitgliedern, die dauernd durch ihr Verhalten die ordnungsgemäße Durchführung der Bezirksversammlung erschweren oder unmöglich machen, kann auf Antrag des Bezirksvorstandes vom Gauvorstand auf bestimmte Zeit der Besuch der Bezirksversammlung untersagt werden.“ Genosse Schulz (KPD) wies energisch darauf hin, daß dieser Antrag die Opposition mundtot machen soll. Genosse Urbahns (Leninbund) reichte einen Antrag ein, der besagte, daß die Versammlung über diesen Antrag zur Tagesordnung übergehen soll. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

So geht es nicht!

Wie die KPD-Bürokratie Erwerbslosen-Bewegung „ankurbelt“

Der „Vorwärts“ vom 8. Dezember veröffentlicht ein Dokument, das wir für eine böswillige Erfindung reformistischer Saboteure der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Erwerbslosenbewegung im besonderen halten würden, wenn uns nicht durch zuverlässige Mitteilungen bekannt wäre, daß mit solchen Methoden tatsächlich gearbeitet wird.

Nach der Mitteilung des „Vorwärts“ ist im Wedding den dort wohnenden Erwerbslosen ein Kuvert mit gefälschtem Poststempel, das folgendermaßen aussieht:

(Poststempel)
Hrn
Fr
Fr
mit folgendem Schreiben zugestellt worden:
Stadt Berlin Berlin Wedding, d
Bez. A Wedding
Müllerstr. 146/147
Betr. Winterhilfe.
(Stadt- Gesch. Z. 4985/1932
wappen) Auf Erlaß des Herrn Reichspräsidenten vom 30. 11. cr. werden gegen Rückgabe dieser Anweisung
2 Ztr. Speisekartoffel
ohne vorherige Antragsstellung ausgehändigt.
Die Verteilung findet am 1. Dec. 32 im Bez. Amt Weddg. Müllerstraße 146/147 in der Zeit von 12—4 Uhr nachm. (Einfahrt Müllerstr.) statt.
Es empfiehlt sich pünktlich und nur an oben genannten Tage zu erscheinen, da nur für jeden Bezirk je 1 Tag zur Verteilung freigelegt werden kann. Erwerbslosen werden die Kartoffeln vollkommen kostenlos geliefert. Personen, die sich nicht durch Stempelkarte ausweisen können müssen 0,40 RMk. Frachtbeitrag pro Ztr. zahlen. Sacke und ertl. kl. Wa-gen od. sonst. Gefährte müssen vom Interessenten selbstgestellt werden.
Untenstehende Angaben sind, vorher, zwecks schnellerer Abfertigung, deutlich auszufüllen.
Stadt Berlin
Bez. A Wedding,
gez. Stadtrat Frank.
(Nur für Erwerbslose)
Name Wohnung
geb. Nr. d. Stempelkarte

Dieses Schreiben muß natürlich den Eindruck erwecken, als wenn es sich um ein

amliches Schreiben handelt, und als wenn tatsächlich Kartoffeln verteilt würden. Das ist aber leider nicht der Fall. Infolgedessen kommt es dann bei den enttäuschten Erwerbslosen zu Tumulten, deren Opfer sie selbst werden und zum Teil auch die Angestellten der Wohlfahrtsämter, die doch selber auch Proleten sind und mit den Erwerbslosen in eine Front gehören und überzeugt werden müssen daß sie in diese Front gehören.

Eine solche Methode der „Mobilisierung“ der Erwerbslosen muß natürlich nach anfänglichen „Erfolgen“ in ihr Gegenteil umschlagen. Die Erwerbslosen werden auf diese Weise nicht aktiviert, sondern demoralisiert und desorganisiert. Sie werden zu Opfern getrieben, die sie selbst nicht wollen, und ihre Erbitterung wird sich dann gegen die kehren, die sie von hinten herum in diese Opfer geführt haben.

Eine solche Methode ist Provokation. Sie schafft sicher gegen den Willen ihrer Urheber den Boden für Polizei- oder Faschisten-Provokateure, die hier in die Lage versetzt werden, Zusammenstöße herbeizuführen, wenn es der Reaktion in den Kram paßt. Und sie besorgt zugleich die Geschäfte des Reformismus.

Der „Vorwärts“ benutzt diese Vorfälle, um überhaupt gegen Erwerbslosendemonstrationen zu hetzen, um gegen außerparlamentarischen Massenkampf der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Durch solche Dinge erhalten seine Argumente ein scheinbares Gewicht. Wir weisen diese spießbürgerliche Entrüstung von uns. Wir wissen, daß kein wirklicher Massen-kampf ohne Opfer vor sich gehen wird. Aber diese Opfer müssen von den Massen selbst als notwendig und unvermeidlich erkannt

worden sein. Wir halten den Kampf für die freie Lieferung von Kohlen und Kartoffeln an die Erwerbslosen und die übrigen Notleidenden (So-

zialrentner, Kriegs- und Arbeitslosen usw.) für vollaus berechtiget. Wir sind für diesen Kampf. Aber wir wissen, daß das nur möglich ist, wenn die ganze Arbeiterklasse und ihre Organisationen für die Forderungen in Marsch gesetzt wird. Hier gilt es anzusetzen, von Kundgebungen und Protesten zu Streiks und anderen Formen des außerparlamentarischen Massenkampfes. Wenn durch eine gemeinsame Klassenaktion das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse sich wieder erhebt, dann wird es auch wirkliche Massenbewegungen der Erwerbslosen geben. Wenn die KPD-Bürokratie ihr Unvermögen, auf Grund ihrer ultra-linken, teils opportunistischen Politik wirkliche Massen von Erwerbslosen in Bewegung zu bringen, trotz ihres großen stimmungsgemäßen Einflusses unter den Erwerbslosen durch Tricks ersetzen will, so wird sie nur der Arbeiterklasse schaden und Provokateure das Handwerk lehren.

Darum müssen die KPD-Genossen die Einstellung solcher Methoden erzwängen.

Schwierige Lage des Konsumvereins

Die Wirtschaftskrise ist auch für die Konsumgenossenschaften nicht ohne Folgen geblieben. So weist der Jahresbericht der Konsumgenossenschaft Berlin, die noch immer eine der stabilsten ist, einen Umsatzzrückgang von rund 20 Millionen Mark aus. Der Umsatz 1930/31 betrug noch 76,68 M., der für 1931/32 nur 57,20 M. Die Zahl der Vertriebsstellen mußte eingeschränkt werden, die Mitgliederzahl sank von rund 199.000 auf rund 185.000.

In der Vertreterversammlung wurde, da nach erheblichen Abschreibungen noch ein Verlust von 6,11 Millionen Mark verbucht wird, mit 500 gegen etwa 40 Stimmen beschlossen, zur Deckung des Verlustes einen Teil der Rücklagen abzuschreiben und die Geschäftsguthaben der Mitglieder bis zu 30 M. abzubuchen. Das heißt, daß die Mitglieder, die überhaupt nur ein Guthaben bis zu 30 M. haben, nichts ausgezahlt bekommen.

Bis zum 30. Juni 1932 waren von den Sparguthaben, die am 30. Juni 1931 zirko 49 Millionen Mark betragen hatten, 21 Millionen zurückgefordert worden. In der Zeit bis zum 30. November wurden dann nochmals 2,75 Millionen Mark zurückgefordert und von der Konsumgenossenschaft ausgezahlt. Um allen Forderungen Genüge zu leisten, mußten auch Fremdkredite, unter anderem von der Volksfürsorge und vom Reich, aufgenommen werden.



Funktionärschulungskursus. Am Freitag, den 16. Dezember, um 20 Uhr, im Sekretariat, Messegasse 12a, Pflichtveranstaltung für die von den Ortsgruppen bestimmten Teilnehmer. Es spricht: Paul Frölich.

Alle im Gesamtverband organisierten SAP- und SJV-Genossen treffen sich am Dienstag, den 13. Dezember, bei Schultz, Elisabethstr. (Vereinszimmer). Anwesenheit aller Genossen ist notwendig.

Freigewerkschaftliche Opposition — Graphik. Gemeinsame Fraktions-sitzung am Freitag, den 16. Dezember, pünktlich 19.30 Uhr, in den Räumen der Arbeiterpolitik, Elisabeth-Lufer 28/29. Achtung! Betrifft Abrechnung der Karten für die Nachtveranstaltung. Alle Ortsgruppen müssen sofort die noch nicht abgerechneten Karten ab-rechnen.

Mitteilungen der Ortsgruppen
Dienstag, den 12. Dezember:

Ortsgruppe Friedrichshain, „Gruppe Baltenplatz“. Gruppenversammlung um 20 Uhr bei Jaschke, Tilsiterstr. 79. Referent: Richard Buchwald: „Aktive Gewerkschaftsarbeit“.

Mittwoch, den 14. Dezember:

Ortsgruppe Wedding. Abends 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Bruseberg, Gerichtsstr. Ecke Vinetastraße.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg. Um 19.30 Uhr Kursus des Genossen Frölich (Abschluss-Abend), bei Reche, Metzgerstr. 26. Pünktlich erscheinen.

Ortsgruppe Mitte. Mitgliederversammlung am 20. Uhr.

Ortsgruppe Kreuzberg. Abteilungs-Mitgliederversammlungen.
1. Abt.: Schönleinstr. 6, um 20 Uhr.
2. Abt.: Helmsstraße, um 20 Uhr.
3. Abt.: Köpenickstraße 145, um 20 Uhr.
4. Abt.: bei Juretschke, Markgrafenstraße 13.

Ortsgruppe Charlottenburg. Mitgliederversammlung um 29 Uhr bei Streaw, Wilmersdorfer Straße 21. Thema: „Arbeitsbeschaffungsprogramm“.

Ortsgruppe Neukölln. Mitgliederversammlung der Abteilungen um 20 Uhr.
Abt. 1—3: Im Lokal Balke, Fulda- Ecke Weserstr.
Abt. 4—5 und 6—10: Im Jugendheim, Rosenstraße 12/13. Ref.: Erna Halbe.
Abt. Britz beim Genossen Wichmann.

Tagsordnung in allen Versammlungen: Politische Lage.

Ortsgruppe Lichtenberg. Mitgliederversammlung um 20 Uhr bei Rosky, Gürtelstraße 28.

Ortsgruppe Pankow. Mitgliederversammlung im Jugendheim, Mühlenstraße 77.

JHV. Ortsgruppe Prenzlauer Berg. Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal Richter Schliemannstr. 38. Ref. Gen. Kurt Rosenfeld.

SJV Aktionsbezirk Osten
Mittwoch, 20 Uhr, tagen die Gruppen:
Friedrichshain: Littauerstr. 18.
Frankfurter Allee: Littauerstr. 18, Kursreferat.
Stralau: Dossstr. 22, Kampflieder-Abend.
Lichtenberg: Dossstr. 22, Helmbad.
Südring: Kleine Mantelstraße 6, Rußland 1905—1917
Achtung! SJV-Kalender erscheint demnächst.
Preis 50 Pfg.

Premnitzer Explosions-Unglück und Arbeiterschaft

Die Todesopfer

Elf Todesopfer hat die Katastrophe bisher gefordert. Elf sind festgestellt, es können noch mehr werden. An dem Umbau waren werkfremde Firmen beteiligt, die ständig neue Leute einstellten. Deshalb verzögert sich die endgültige Feststellung. Gefunden hat man die Leichen nicht alle. Die Wucht der Explosion hat sie zerlegt, zersplittert und die Teile weit umhergestreut.

Elf Tote — Werkmeister Winkes, ein treuer Genosse in der Arbeiterbewegung, ihn betrauert die organisierte Arbeiterschaft besonders. Er war der Freund und Genosse derer, denen er auf der Arbeitsstelle Führer war, und blieb auch dort Freund und Mensch. Er wird nicht vergessen werden. Winkes Schwiegervater ist bei der großen Explosion in Oppau 1922 tödlich verunglückt. — Bode, erst wenige Tage im Betrieb, er hatte seine Arbeitsstelle in Pommern verlassen, um hier bei Verwandten zu sein. Schönfeld-Deitzerbe, Tank-Schleppenthrin, Thie-Rathenow, Direktor Dittmar-Premnitz und die Lehrlinge Haase, Pap und Nicolai.

Unter den Schwerverletzten befindet sich der Schlosser Otto Gantzer, Neue Schleuse, dem beide Beine abgerissen sind. Er wäre in der Lage, zur Aufklärung des Unglücks auszusagen, weil er an der Stelle des Unheils arbeitete — wenn er mit dem Leben davon kommt. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft erstrecken sich auf die Möglichkeit des Zusammenwirkens einer Sauerstoff-Flasche, die mit 150 Atmosphären Druck aufgeladen war und der Explosion von Schießbaumwolle (D). Die Arbeit fand nämlich in einem Raum statt, in dem sich aus der Kriegszeit her, damals befanden sich die Premnitzer Werke in Händen der Köln-Rohweiler Pulver-Fabriken, Zentrifugen befinden, die zur Herstellung von Schießbaumwolle dienen. Die Zentrifugen sind unbrauchbar und außer Betrieb. Es könnten sich aber noch Reste verkrusteter Schießbaumwolle innerhalb der Zentrifugen befinden haben. Eine Zentrifuge ist jedenfalls von der Explosion fortgerissen worden. Die ständigen Handwerker des Werkes arbeiten unter größten Vorsichtsmaßnahmen, wenn es sich um Stellen handelt, bei denen die Möglichkeit des Vorhandenseins solcher Pulverreste besteht.

Bei der Explosion wurde eine Rauchwolke beobachtet. Es bleibt allerdings das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten. Die Arbeiterschaft kann eine Lehre aus diesem Unglück ziehen und tut es auch: das ist die Wirkung einer Explosion, ohne daß die Zerstörungskraft moderner Luftbomben entfernt erreicht wurde. Wenige Bomben genügen, um das ganze Werk zu zerstören. Die Arbeiterschaft weiß, daß ein kommender Krieg eine technische Zerstörung ist, die nur wehrlos verantworten und vorbereiten helfen können. — Wären nicht die Handwerker zur Zeit der Explosion gerade außerhalb des Gebäudes gewesen, es hätten hundert Todesopfer sein können. Die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten reicht so schon beinahe an dreißig heran.

Es sind nicht die ersten Opfer, die in Premnitz gefallen sind. Vergiftungen durch Schwefelwasserstoffgase und Säuredämpfe

kommen von Zeit zu Zeit vor. Auch Verbrennungen durch Pulverrückstände in Resten alter zerstörter Anlagen kamen vor Jahren vor.

Der Arbeiter weiß, daß ihn Gefahren an seiner Arbeitsstelle umlauern. Die Not des Lebens zwingt ihn zum Ausharren. Aber er will nicht, daß er als Ausbeutungsobjekt, als seelenloses Arbeitsvieh angesehen wird. Das System des rationalisierten Betriebes hat die Spannungen zwischen den Menschen, die rationalisiert werden, erhöht. Der Arbeit ist auch der letzte Rest vom Anschein einer sinnvollen Tätigkeit genommen worden. Je nach Charakter erzeugt die rationalisierte Arbeitsweise Verbilligung oder Unterwürfigkeit im Menschen.

Die klassenbewußten Arbeiter aber kämpfen in diesem nerven- und lebenszerstörendem System mit zusammengebissenen Zähnen um ihr Menschentum. Sie stärken den Mut, den jeder braucht zur Selbstbehauptung und schaffen zahl und unabhängig an der Bildung und Organisation des Volkes, an dem sich diese Fluß menschenverachtender Betriebsamkeit brechen wird.

Die technischen Beamten erkennen mehr und mehr den Unutzen der Mechanisierung des Menschen. Sie mögen nur nicht rebellieren, weil sie den Kampf ums Dasein fürchten und hoffnungslos in die Zukunft sehen. Das Tragische dieser Zeit, in der die Maschine den Menschen versklavt, ist das damit verbundene Sinken der Lebenskraft in den Menschen. Der Nationalsozialismus glaubt im Rausch eines selbst sachlich unbegründeten Geistesekstases den Schwierigkeiten aus dem Wege gehen zu können, die sich ihm stellen auf dem Wege der Menschenlirnen. Der Sozialismus allein kann vor der wesentlichen Herrschaft der Maschine retten. Der Sozialismus braucht eben Menschen, die ihn gegen die Gewalten des Verheerens durchsetzen. Das werden nur die sein können, die die Not dieser Zeit erleben und den zähen Willen zum Neuaufbau in sich aufkommen lassen. Genossen, ihr lebt und arbeitet zwar im kapitalistischen Produktionsprozeß, ihr leidet unter der Wucht seiner Last und seiner Unmenschlichkeit. Ihr schließt aber nie Frieden mit diesem System. Ihr strebt unaufhörlich der Endlösung entgegen, dem Sozialismus.

Ihr beugt euch nicht dem persönlichen Machthaber, der euch entgegengestellt wurde, er ist selber nur Werkzeug.

Aber sorgt dafür, daß die Schar der bewußten und unermüdeten Kämpfer zunimmt. Erwartet nicht die Lösung von der Aufgeregtheit des Augenblicks, laßt euch auch nicht an billigen Triumphen. Laßt euch aber auch nicht verkrüppeln auf den Nimmerstag. Seid entschlossen und wachsam, jeder für sich und alle gemeinsam. Denke jeder und handle ein jeder so und in dem Bewußtsein, als wenn von seiner persönlichen Haltung das Ganze abhängt. Dann wird der Sozialismus näher rücken und schneller als wir annehmen. Auf dem Schlachtfeld der Arbeit fielen wieder Genossen des Leidens und des Kampfes. Besinn dich auch im Angesichte des Todes! Ehr! das Andenken der Opfer! Steh zusammen — alle — die ihr leidet am Kapitalismus, erkämpft die „neue Erde“ auf der Arbeit wieder eine Freude werden kann.

In der der Mensch „Herr“ in jeder Bedeutung des Wortes über der Maschine sein wird.

Die Belegschaft nimmt Stellung

Das endgültige Ergebnis der Untersuchung steht noch aus. Vielleicht wird es immer ungelöst bleiben. Die Belegschaft zieht aber ihre Folgerungen. Sie muß die Dinge nüchtern, ohne Aufgeregtheit betrachten.

Immer noch bleibt die Möglichkeit, daß bei der Explosion Pulverreste mitgewirkt haben. Die Reihe der Unfälle mit tödlichem Ausgang reißt nicht ab. Vor Jahren wurden mehrere Arbeiter getötet durch Abgase aus dem Schwefelkohlenstoffbetrieb. Andere wurden schwer gefährdet. In den großen Säurebottichen fanden zwei Angestellte des Werkes, darunter der Werkmeister Beck, vor etwa zwei Jahren den Tod. Die Ursache konnte nicht voll und ganz geklärt werden bis auf den heutigen Tag. Das sind Unfälle, die in der Natur des Betriebes liegen.

Aber es gibt auch Unfälle, die durch Mitwirkung von Pulverrückständen zustande kommen. Mit Kriegsende, nachdem die Pulverfabrikation selbst erhebliche Opfer gefordert hatte, ist die Arbeiterschaft immer wieder beunruhigt worden durch Gefahrenmomente, die in den alten unbrauchbaren Anlagen lagen.

Lebhaft in Erinnerung sind noch folgende Unfälle. Gleich nach Ende des Krieges hatte ein Monteur in einer großen Zentrifuge zu tun. Man arbeitete wegen der Entzündungsgefahr vorsorglich mit Messing- oder Gummihämmern. Der betreffende Monteur stieg in die Zentrifuge und begann nichtsahnend mit dem Hammer zu arbeiten. Funken spritzten. Im Nu stieg eine Stichflamme aus der Maschine. Der Mann wurde herausgeschleudert, seine Brandwunden waren so erheblich, daß er nicht mehr zu retten war.

Ein anderer Unfall. Zwei Arbeiter wollen ein Stück Rohr durchsagen, in dem sich noch Pulverreste befinden. Das Rohr wird durchgeschnitten, die Reibungswärme entzündet das Pulver. Schwere Verletzungen sind die Folge.

Begreiflich, daß die Belegschaft nach dem neuen Unfall, wenn auch die Ursache nicht geklärt ist, verlangt, daß endgültig Sicherheit geschaffen werden muß. Deshalb erhob die Betriebsversammlung folgerichtig folgende Resolution zum Beschluß.

Die Betriebsversammlung am 9. Dezember 1932 beschließt: Der Betriebsrat wird beauftragt, der Direktion folgende Forderung der Belegschaft zu unterbreiten und im Auftrag der Belegschaft ihre Durchführung zu erwirken:

„Die Direktion gibt eine bindende Erklärung ab, daß innerhalb des Werkgeländes an keiner Stelle, in keiner Anlage mehr feuergefährliche Rückstände aus der Pulverfabrikation vorhanden sind. Die Werkleitung läßt in dem Falle, daß sie diese verantwortliche Erklärung nicht abgeben kann, sofort alle in Frage kommenden Einrichtungen genau prüfen und sorgfältig säubern bzw. herausreißen. Die Belegschaft ist bereit, mit zweckdienlichen Hinweisen zu helfen. Auf keinen Fall wird der Zustand der Unsicherheit und Gefahr geduldet. Die Belegschaft ist bereit, geschlossen für die Durchführung dieser Forderung einzutreten. Die Belegschaft glaubt auch annehmen zu können, daß bei der Leitung des Werkes

ohnehin völliges Verständnis für diese Forderung vorhanden ist.“

Darüber hinaus mußten Betriebsrat und Belegschaft ihr Augenmerk darauf richten, daß die Versorgung der Hinterbliebenen sichergestellt wird. Bis zur Klärung der Angelegenheit mit der Berufsgenossenschaft zahlt die Firma den Lohn an die Hinterbliebenen weiter.

Uns wird nicht vergessen werden. In einem chemischen Betrieb ist ein gewisser Gefahrengrad immer vorhanden. Eine Forderung der Vernunft wäre es, wenn über alles Tempo in der Arbeit völlig ausgeschlossen wäre. Die Raserei führt dazu, daß die Arbeiter nicht die Zeit erlauben, um mit aller gebotenen Vorsicht zu Werke zu gehen, das sollten die Leichen Opfer sein, soweit menschliche Vorsorge zu helfen vermag. Deshalb: Schluß mit der Raserei. Die Belegschaft ist sich völlig einig, daß sie ihren Widerstand geltend machen muß gegen jedes Abgleiten in ein Halbtempo. Die Pfennige und Mark, die dadurch herausgeschunden werden, sind nicht der Gegenwert für verminderte Lebenskraft, verminderte Lebenslust und Unfalltod. Schluß darauf!

Aber es kommt auf jeden einzelnen an. Jeder muß in sich die Kraft des Widerstandes gegen unbillige Anforderungen entwickeln. Anders geht es nicht.

Sonst werden diese Opfer bestimmt nicht die letzten sein.

Um an Unzufriedenheiten reklamehaften Betrieb zu entfallen, dazu ist das entsetzliche Unglück eine zu ernste Angelegenheit. Jede nervöse und marktschreierische Ueberhebelung geht auf Kosten der energischen Gegenwehr, denn sie lenkt ab, indem die Auffassung gestärkt wird, als wenn es auf die zähe Abwehr nicht so sehr ankommt.

Schweres Grubenunglück in Kentucky

Harlan (Kentucky), 10. Dezember.

Bei einer Explosion in einem hiesigen Kohlenbergwerk wurden 12 Weiße und 11 Neger getötet.

Schweres Flugzeugunglück

Paris, 11. Dezember.

Ein seit Sonnabend vermisstes Postflugzeug der Strecke Marseille-Barcelona ist heute 6 Kilometer nordwestlich von Saintes-Maries-de-la-Mer verbrannt aufgefunden worden. Der Unfall hat sich Freitag früh ereignet. Das Flugzeug war mit einem Passagier und Post an Bord aufgestiegen. Der Flieger hatte aber infolge Nebels Kehrt gemacht und beabsichtigt, auf einem etwas simpligen aber baumfreien Gelände eine Notlandung vorzunehmen. Beim Landen scheint ein Strauch das Flugzeug gestreift zu haben. Der Apparat schlug dabei um und geriet in Brand. Der Flugzeugführer wurde auf seinem Pilotensitz vollständig verkohlt vorgefunden. Der Passagier war anscheinend bei dem Sturz herausgefallen; seine Leiche fand man 20 Meter entfernt. Es

Zur Verzweiflung getrieben

Altenessen.

In ihrer Verzweiflung über zerrüttete Familienverhältnisse warf eine Mutter ihre drei Kinder im Alter von 5, 6 und 7 Jahren in den Kanal. Die Kinder ertranken, die Mutter wurde verhaftet.

Weiß Zähne: Chlorodont

Werbt Abonnenten!



Alle Rechte insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik Wien VIII.

32) Ich zitterte, ein fast unerträgliches Verlangen überkam mich, daß er auch mich, ebenso, bis zum Schmerz, an sich drückte.

Luscha schien meinen Wunsch zu erraten und rief ihm kraftlos mit einer mir unverständlichen Bosheit zu:

„Jetzt ist sie an der Reihe! ... Soll sie nur spüren, was für Muskeln du hast ...“

Mit einem schüchternen Lächeln trat er zu mir, schaute Luscha ängstlich an und breitete die Arme aus.

„Nun pack sie doch ... warum fürchtest du dich? Ist sie denn aus Zucker? Sie ist doch genau so wie ich.“

Und im selben Augenblick, als ich spürte, daß die Luft sich um mich verdichtete, überkam mich die Angst. Ich hatte plötzlich das Gefühl, als schwinde ich mich hoch in die Luft, eine mir ganz unbekannte Kraft preßte mich zusammen. Unter diesen fürchterlichen Muskeln fühlte ich mich nichtig und klein, gewichtslos wie ein Spatz. Und weil ich nicht atmen konnte, und weil ich in dieser vernichtenden Umklammerung vollständig verschwand, empfand ich zum erstenmal in meinem Leben eine animalische Seligkeit. Nicht mit der Kehle, nein, mit dem ganzen Körper brüllte ich ohrenbetäubend auf, als flöge mein ganzes Leben in diesem Brüllen aus mir heraus. Durch dieses Brüllen hindurch hörte ich Luschas freudiges Lachen.

Ich trat von ihm weg, erschöpft, verwüstet, aber als eine ganz andere, mir fremde.

„Spürst du nun Liebling, was das für ein Stier ist? Soll er nur wegfahren, zum Teufel! Ich ruh mich wenigstens von ihm aus.“

Guljaka aber war plötzlich ganz ruhig geworden, er nahm einen Stuhl und setzte sich mit sachlicher Besorgnis vor Luscha hin.

„Hör mal, Luschkok... Entschuldigen Sie, Galja Iwanowna... ich sag's, damit du es zur Kenntnis nimmst. Wir sind Kommunisten und müssen unser Leben auf ganz neue Art aufbauen. Wir sind ständige Menschen, aber unser gemeinschaftliches Leben hier verpflichtet uns, allem mit der Vernunft gegenüber zu stehen. Sündig sind wir, weil in uns noch der Bauer steckt, der kleinliche Besitzer... wir sind noch zottige Menschen, schmutzige und in unserem Innern sitzt noch so eine Art Quirl. Wir kneten uns durch unsere Arbeit um... und jeder Gegenstand, jede Sache und vor allem jedes Gefühl ist ein Problem für uns... Wir haben ein Gramm von Gedanken, aber eine ganze Tonne von Gefühlen und ähnlichem inneren Wirrwarr. Deshalb sind wir so dumm und abgeschmackt. Prochor hat recht. Für uns aber ist dieses Gramm von Gedanken mehr als die tausend Tonnen der dreckigen Abfälle des alten Lebens. Deshalb ist dieser Gedanke unser Gedanke, unser schwer durchlittener Gedanke, dieser Gedanke ist unser Vorgesobener der höchsten Ideologie.“ Also ich bitte um Verzeihung... Ja, was wollte ich sagen... ich wollte etwas Mächtiges sagen... ganz hell bin ich geworden... ich finde aber keine Worte... Als wäre alles verdampft... Nun, Luschkok, hilf mir mal. Was sitzt du da wie eine Eule?

„Woher soll ich wissen, warum du hier als Redner auftrittst?“

Es schien, als wolle sie ihn reizen.

Wieder tat mir Guljaka leid, er kämpfte mit sich, er war bemüht, sich an einen frischen, neuen Gedanken anzuklammern, um Rückgrat zu bekommen, um seinen Willen zu festigen. Ich setzte mich zu ihnen und nahm Luscha bei der Hand; man darf doch einen Menschen in den Momenten seines Aufschwunges nicht reizen. Der Augenblick der Trennung erhebt immer den Menschen und

*) „Vorgesobene“ heißen die fähigen Arbeiter und Bauern, die die kommunistische Partei Rußlands bevorzugt und zu höheren Stellen ausbildet.

ist immer tiefer und bedeutungsvoller als der Augenblick des Wiedersehens.

„Du wolltest etwas über dich selbst sagen, Guljaka, wolltest irgendeinen Gedanken ausdrücken, ich glaube über die Ueberwindung des eigenen Ich.“

„Ja, ja. Also... ich verreise, Luschkok.“

„Das weiß ich doch, mein Lieber, das weiß ich, du verreise, mein goldenes Aehrlein, verreise sofort... Siehst du? (Sie sah zum Fenster hinaus und wischte das angelaufene Fenster ab, über dessen feuchten Tau zwei Tränen zitternd hinunterflossen.) Siehst du, die Pferde sind schon da, der Wagen wartet.“

„Nun also im großen und ganzen. Schade, daß Bankin nicht hier ist: diese Worte haben alle möglichen entscheidenden Bedeutungen bei ihm. Ich muß etwas aus tiefster Seele heraus sagen. Wir sind hier alle gleich, sind Kommunisten. Du und ich sind unabhängig. Du bist frei und ich bin frei. Wir haben nichts miteinander zu verrechnen, wir haben auch keine Ansprüche aneinander. Unsere Liebe ist eine innere Angelegenheit, eine seelische. Das Herz ist eine eigenwillige Kraft. Du hast du recht, Luschkok. Du bist doch vor meinen Augen zur Kommunistin gewachsen. Erinnerst du dich, wie du im Dorf warst? Dumm und schüchtern, hattest sogar vor mir Angst. Und jetzt? Jetzt hast du längst vergessen, was Angst ist. Du hast deine eigenen Gedanken, die stärker sind als Angst. Angst kommt von Einsamkeit und Abhängigkeit, der Gedanke aber kommt vom Kampf um die Freiheit, vom kollektiven Leben.“

„Ach, Liebling du sprichst mir alleu lange, wahrscheinlich, weil du selbst Angst hast. Ich weiß ja, du hast vor dir selber Angst, du glaubst nicht an dich.“

Sie schlug ihm wieder zärtlich auf die Wange und spielte mit seinem Haar. Ihre Liebkosung richtete ihn auf wie ein elektrischer Schlag, sein Gesicht wurde schön und sicher, er strahlte vor Begeisterung.

„Nein, Luschkok, ich habe jetzt vor nichts Angst, in meinen Gedanken ist eine große Festigkeit und Ueberzeugung. Ich will dir nur vier Worte sagen: du bist eine Kommunistin, denk daran. Ein Kommunist muß aber eines

wissen: er muß in revolutionärer Weise auf alle bürgerlichen Vorurteile spucken. Wir sind Gemeinschaftswesen und keine Sklaven. Also was soll es da für Probleme geben: wenn zum Beispiel... nehmen wir an... es geschieht (er betonte laut jedes Wort) wenn es geschieht, daß dein Herz in einer anderen Richtung zu arbeiten beginnt... nun plötzlich... sagen wir...“

„Ach du mein goldenes Aehrlein, rascher, sonst sag ich's zu Ende.“

„Wart mal, Luschkok... ich werde meine Gedanken selbst abrunden können. Nun sagen wir, der Teufel wird über dich kommen und du wirst eine Neigung zu irgendeinem Mann verspüren...“

„Du meinst Liebe, mein goldenes Aehrlein. Sag Liebe und Schluß...“

„Nehmen wir an... bitte um Verzeihung, Liebe... Also, Luschkok, du kannst ganz frei über dich verfügen, ich verpflichte dich zu nichts, dazu sind wir doch Kommunisten. Wir, du und ich, bauen doch eine Kommune... Quäl dich nicht und grübele nicht. Wie kann ich fordern und befehlen? Du und ich, jeder von uns hat seinen Willen und seinen Verstand. Nur eines bitte ich dich: keine Heimlichtuererei... es soll keine Unzucht sein... das ist unserer Meinung nach ärger als das Stehlen von Gemeingut.“

Röte überlief Luschas Gesicht. Sie zitterte am ganzen Körper vor Erregung. Sie war nicht in stunde, auch nur ein Wort von sich zu geben. Ich sah sie beide an, und auch ich zitterte.

Luscha stand auf. Sie konnte ihr Herz nicht mehr beherrschen. Noch niemals waren ihre Augen so wunderschön. Von Tränen überflutet strahlten sie in keuscher Schönheit.

Zu viert begleiteten wir Guljaka; Luscha, ich, Wjetrow und Bankin. Guljaka und Wjetrow küßten einander herzlich.

„Nun, Bruder, los! Komm als tüchtiger Agronom nach Hause... wir haben diese hin- und herfahrenden Agronomen schon satt. Die Selektionsarbeit muß breit entwickelt werden. Wenn du im Frühling zurückkommst, werden wir dich mit elektrischer Illumination empfangen.“

(Fortsetzung folgt.)

Kommunistischer Verbandstag

Sie kommen mit „roten“ Gewerkschaften nicht vorwärts — Starker Mitgliederschwind

In Essen fand vor einigen Tagen der 2. Verbandstag des „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands“ (EVBD) statt. Diese Tagung demonstrierte den Bankrott und die ganze Zwißpältigkeit der KPD-Gewerkschaftspolitik und die Ohnmacht der „roten“ Verbände. Der Verband wurde im Januar 1930 von der KPD gegründet. Ihm schlossen sich zunächst eine Anzahl Zahlstellen des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes an, die bis dahin unter der Führung der Opposition standen. Im übrigen aber hatte die Aufforderung zum Uebertritt aus dem alten Verband wenig Erfolg. Obwohl der EVBD unter den Neugründungen von kommunistischen Gewerkschaftsverbänden der verhältnismäßig stärkste war, ist er nie über einen guten Anfang hinausgekommen.

In ihren Berichten über den 2. Verbandstag sagt die kommunistische Presse, daß die Entwicklung des EVBD „gegenüber den objektiven Möglichkeiten zurückgeblieben ist“. Der Mitgliederbestand der Organisation wird verschwiegen. Gegenüber den 164 188 Mitgliedern des „Bergbauindustriearbeiter-Verbandes“ dürfte die geringe Mitgliederzahl des EVBD auch kaum in Erscheinung treten. Von den bei der Gründung angegebenen 20 000 Mitgliedern im Bezirk Ruhrgebiet sind heute noch 6000 vorhanden. Dieser Bezirk ist aber der eigentliche Stützpunkt der Organisation, die in den übrigen Bergarbeitergebieten Deutschlands wie in Oberschlesien, dem Saargebiet und Niedersachsen nur ganz schwache Organisationen hat. Der „einstimmig angenommene“, aber bisher unveröffentlicht gebliebene Geschäftsbericht des kommunistischen Verbandes läßt offenbar die Entwicklung der Organisation nicht in einem besonders günstigen Licht erscheinen. Eine klare und öffentliche Rechenschaftslegung wäre jedoch um so mehr notwendig, als die „Bergbauindustrie“, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, vor einiger Zeit in der Lage war, genaueres Material aus dem Geschäftsbericht der Bezirksorganisation Ruhrgebiet des EVBD zu veröffentlichen. Aus diesem Material ging hervor, daß von 128 504,60 Mark Beitragseinnahmen in 15 Monaten für Miete, Gehälter, Verwaltung und Unterstützung etwa 30 000 M verausgabt worden sind, während über den Verbleib der restlichen 100 000 Mark vollkommenes Dunkel herrscht. Die Veröffentlichung des Geschäftsberichts der Gesamtorganisation könnte hier also hinreichenden Aufschluß geben.

Von den Referaten, die auf dem Verbandstag gehalten wurden, ist das des Vorstandesmitglied Agatz besonders erwähnenswert. Er führte die unbefriedigende Entwicklung des Verbandes auf die schlechte innergewerkschaftliche Oppositionsarbeit in den anderen Bergarbeiterverbänden zurück. Wörtlich sagte er dazüber:

„Die Entwicklung des EVBD ist gegenüber den objektiven Möglichkeiten zurückgeblieben. Das sind im wesentlichen die Folgen unserer schlechten innergewerkschaftlichen Arbeit. Nur über den Weg der innergewerkschaftlichen Arbeit werden wir neue Mitglieder gewinnen können, da das entscheidende Element unter den Bergarbeitern der organisierte Teil ist.“ (Schau, schau! Wo bleiben da die „revolutionären Unorganisierten“?)

Wenn Worte einen Sinn haben, so soll das heißen, die Oppositionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften muß mit der Zersetzung geführt werden, neue Mitglieder für den EVBD zu gewinnen. Diese Art der innergewerkschaftlichen Arbeit hat also nur den Zweck der Stärkung der selbständigen kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen. Sie muß bei ihrer konsequenten Durchführung, sobald die „innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen“ entsprechenden Einfluß haben, zur Spaltung der freigewerkschaftlichen Zahlstellen führen, wie das ja auch tatsächlich in der Vergangenheit wiederholt der Fall war. Wenn Agatz deshalb an einer anderen Stelle seines Referats sagt:

„Ebenso müssen wir verhindern, daß mechanisch die Mitglieder aus den Gewerkschaften austreten und zu uns kommen. Wir müssen sie von der Notwendigkeit überzeugen, in den Gewerkschaften zu bleiben“,

so zeugt das im besten Falle von einer fast unheilbaren Konfusion, im anderen Fall aber von böswilliger Demagogie. Neue Mitglieder für den Einheitsverband zu gewinnen und diese gleichzeitig „von der Notwendigkeit“ überzeugen, in den Gewerkschaften zu bleiben, das erscheint uns denn doch als ein Kunststück, welches bisher niemandem gelungen ist. Diese zwißpältige Haltung in der Gewerkschaftsarbeit in der KPD führt in Wirklichkeit nur dazu, die guten Möglichkeiten einer gesunden innergewerkschaftlichen Oppositionsarbeit zu versäumen. Das kommunistische „Ruhr-Echo“ liefert in seiner Berichterstattung dafür selbst den richtigen Beweis. In seiner Ausgabe vom 6. Dezember wird mitgeteilt, daß in der „oppositionellen“ Zahlstelle Obermarxloh des „Bergbauindustriearbeiter-Verbandes“ eine reformistische Zahlstellenleitung gewählt wurde. Etwas verschupft über das unerwartete Wahlergebnis, schreibt das „Ruhr-Echo“:

„Jetzt bei der Wahl zeigt sich, daß die Entschlüsse der Opposition immer angenommen, bei der Wahl aber die reformistischen Kandidaten gewählt werden. Die oppositionellen Kameraden können also

offensichtlich gute Resolutionen verfassen, in der systematischen täglichen Kleinarbeit aber haben sie offensichtlich versagt.“

Der Grund für den schlechten Wahlausgang liegt aber allenfalls nicht in dem Fehlen einer „systematischen täglichen Kleinarbeit“, sondern in der Tatsache, daß die Mitglieder zwar die reformistische Politik ablehnen und die oppositionellen Resolutionen annehmen, aber dennoch keineswegs für eine Oppositionsarbeit eintreten, die auf die Spaltung des Verbandes abzielt. Sie ziehen es deshalb lieber vor, die reformistischen Kollegen mit der Führung der Zahlstelle zu betrauen, als durch die Wahl einer oppositionellen — d. h.

in diesem Falle einer partei-kommunistischen — Leitung die Gefahr einer Spaltung heraufzubeschwören.

Das Schicksal der deutschen Revolution hängt in hohem Maße davon ab, den gewerkschaftlich organisierten Teil der deutschen Arbeiter und damit die Gewerkschaften selbst für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Die Erfüllung dieser Aufgabe könnte dem revolutionären Flügel in der Arbeiterbewegung außerordentlich erleichtert werden, wenn die selbständigen kommunistischen Verbände und die RGO möglichst bald liquidiert würden. Das ist auch die Lehre des 2. Verbandstages des EVBD. D. h.

KPD-„Einheitsfront“-Aktion im DMV

Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit oder Zersetzungspolitik

Die SAP hat schon immer die Auffassung vertreten, daß sie bei ihrer Gewerkschaftsarbeit bereit ist, mit allen Gewerkschaftsmitgliedern, gleich welcher politischen Richtung, zusammen zu arbeiten, soweit sie bereit sind, mitzuhelfen, den Reformismus in den Gewerkschaften zu überwinden und eine Politik des rückichtslosen Klassenkampfes durchzusetzen. In dieser unserer Stellung sah offenbar die KPD-Bezirksleitung Schlesien den Ansatzpunkt, um die außergewöhnlich schwache Position der Kommunisten im Metallarbeiterverband Breslau durch ein Einheitsfrontmanöver mit den SAP-Metallarbeitern zu verbessern.

Einzelne kommunistische Mitglieder des DMV traten daher auch offensichtlich im Auftrage ihrer Geschäftsleitung, an einige unserer DMV-Genossen heran mit dem Ersuchen, einmal eine Aussprache über die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit im Metallarbeiterverband herbeizuführen. Unsere Genossen hatten gar keine Veranlassung, dieses Ansinnen abzulehnen, doch war es selbstverständlich, daß erst bei der Aussprache festgestellt werden konnte, inwieweit ein Zusammenarbeiten überhaupt in Frage kommen kann. Die KPD-Genossen hatten offensichtlich aus der Zustimmung unserer Genossen zu dieser Besprechung den Schluß abgeleitet, daß es ihnen schon gelungen wäre, eine Anzahl SAP-Metallarbeiter-Funktionäre für die RGO-Politik gewonnen zu haben. Denn die schlesische „Arbeiter-Zeitung“ die in ihrer Nummer vom 10. Dezember über die inzwischen stattgefundene Besprechung berichtet, ist höchst erobert darüber, daß es dort nicht zu einer Verständigung im Sinne der RGO gekommen ist. Die Schuld daran soll unser Genosse Enderle tragen, der in der Besprechung Bedingungen gestellt hätte, die „alle revolutionären DMV-Kollegen nicht nur an die Kette der Verbandsbürokratie gebunden, sondern auch noch zu politischen Bankrotteuren gemacht hätte.“ (II)

Welche Bedingungen aber haben unsere

Genossen, nicht nur der Genosse Enderle, gestellt? Keine anderen, als sie von der SAP stets öffentlich vertreten und früher, vor 1928, auch von der KPD eingehalten wurden. Sie beschränken sich im wesentlichen auf folgende drei grundsätzlichen Punkte:

1. Innergewerkschaftliche Arbeit im Rahmen der Statuten und Verbandsratsbeschlüsse.
2. Verzicht auf eigene rote Betriebsratslisten und Einsatz aller Kräfte für die Besetzung der freigewerkschaftlichen Betriebsratslisten mit klassenbewußten Arbeitern.
3. Propaganda für die Stärkung und den Eintritt in die freien Gewerkschaften.

Weil die KPD-Vertreter diese für eine wirklich revolutionäre Gewerkschaftsarbeit selbstverständlichen Bedingungen als Grundlage einer gemeinsamen Arbeit ablehnten, scheiterten die Verhandlungen.

Dies zur Mitteilung für unsere Mitglieder.

Die „Arbeiter-Zeitung“ begründet die Ablehnung dieser selbstverständlichen Forderungen mit einer Reihe von Argumenten, die wert sind, in einem gründlichen Artikel, den wir in den nächsten Tagen veröffentlichen, behandelt zu werden. Nur soviel sei heute schon den KPD- und RGO-Strategen gesagt: Wenn sie glauben, mit „Einheitsfront“-Aktionen dieser Art einzelne SAP-Genossen für die RGO zu gewinnen und sie in Gegensatz zu der Gewerkschaftspolitik ihrer Partei, der SAP, zu bringen, sind sie nicht nur auf dem Holzwege, sondern dann zeigt sich daran die ganze Unehrllichkeit ihrer sogenannten Einheitsfrontpolitik. Weil ihnen in diesem Falle ihr unehrliches Spiel nicht gelungen ist, schreibt die „AZ“ sehr verärgert: „An dieser Stelle sagen wir den SAP-Kollegen offen: solange ihr euch nicht von den Brüsten irgendeiner offiziellen Partei-amme frei macht, wird man euch weiter diesen Zauber vormachen.“

Man kann über diesen Wutschrei nur lachen.

Weitere Staatszuschüsse für die Mansfeld AG?

Die viele Jahrzehnte wegen Unrentabilität stillliegenden Kupferbetriebe in der Gegend von Eisleben und Sangerhausen wurden während des Krieges mit großen Staatsmitteln wieder in Gang gebracht. Die Mansfeld AG, die Besitzerin dieser und einer Reihe weiterverarbeitender Betriebe sowie auch landwirtschaftlicher Güter und Beherrscherin des ganzen Gebietes, erhält seit Jahren wiederum beträchtliche Staatszuschüsse, weil auch jetzt, besonders seit den gewaltigen Preisstürzen des Kupfers auf dem Weltmarkt, der deutsche Kupferbergbau dem amerikanischen und dem, gerade in letzter Zeit stark entwickelten, Kupferbergbau in verschiedenen Kolonialgebieten, so z. B. in Englisch-Rhodesia (Südafrika), an Ertragskraft und Leichtigkeit des Herankommens nicht gewachsen ist.

Aus politischen Gründen (Kriegsfall) hat die Kapitalistenklasse einschließlich der Regierung aber großes Interesse daran, daß der deutsche Kupferbergbau nicht wieder zum Erliegen kommt. So ist sie auch jetzt geneigt, die am 31. Dezember ablaufenden Subventionsverträge zwischen der Mansfeld AG einerseits und dem Preussischen Staat und dem Reich andererseits zu erneuern und dem Konzern neue Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Direktion der Mansfeld AG hat indes vorsorglich die Stilllegung sämtlicher Betriebe zum 31. Dezember beantragt. Außerdem ist sie dabei, die reinen Kupfer erzeugenden

Betriebe, also die eigentlichen Verlustbetriebe, aus dem Konzern herauszunehmen und in einer besonderen Gesellschaft zusammenzuschließen. Das geschieht deshalb, um bei einer eventuell zustande kommenden Verstaatlichung der dem Staat ohnehin in riesigem Maße verschuldeten Betriebe die übrigen, profitablen Werke in den Händen der Privatkapitalisten zu halten. Damit würden die Direktion und die Aktionäre der Mansfeld AG dann aller Verpflichtungen an den Staat mit einem Schlage entbunden, sie hätte die Millionen der letzten Jahre völlig umsonst erhalten.

Die Arbeiter der Mansfeld AG befinden sich in einer furchterlichen Lage. Jahr für Jahr wurde ihr Lohn mit der Begründung der Unrentabilität der Werke weiter abgebaut. Andererseits sind sie bei den heutigen Verhältnissen auf die Betriebe der Mansfeld AG als ihrer einzigen Erwerbsmöglichkeit in dem ganzen Gebiet angewiesen. Dabei ist die Arbeitslosigkeit dort wegen ständig vorkommender Teilstilllegungen und steigender Rationalisierungsmaßnahmen der AG sowieso schon riesengroß.

Die Lage und die Zustände bei der Mansfeld AG sind wieder ein Beispiel dafür, wie dringend das Interesse der Arbeiterklasse eine völlige Neuorientierung, d. h. die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf der ganzen Linie, unter der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse erfordert.

Arbeitslosen-Versammlung der Metallarbeiter

In einer am Donnerstag, den 8. Dezember, stattgefundenen, gut besuchten Versammlung der arbeitslosen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes Breslau hielt der Kollege Ziegler ein Referat. Er geißelte den ungeheuerlichen Unterstützungsraub bei der Arbeitslosenversicherung und forderte die

Arbeitslosen zur solidarischen Kampfunterstützung der Arbeiter auf, die im Betriebe gegen die Verschlechterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung habe im August 49,2 Millionen, im September 46,4 Millionen Mark, insgesamt

bis September 47,8 Millionen Mark Ueber-schuß gemacht. Die Einnahmen der Reichsanstalt betragen monatlich rund 85 Millionen Mark. Davon wird für versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nur 12,5 Millionen oder 15% aufgewandt. Die Mittel der Reichsanstalt werden für den freiwilligen Arbeitsdienst, für Verwaltungskosten zur Durchführung der Lohnabbau-Verordnung vom 5. September 1932, für Arbeitsbeschaffungsprojekte, für Wohlfahrtsfürsorge und direkte Zuschüsse an die Reichsanstalt verwendet. Es sei ein offenkundiger Skandal, daß so etwas möglich ist angesichts der ungeheuren Not der Arbeitslosen.

Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Die versammelten arbeitslosen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Breslau, protestieren gegen den Skandal, daß die für die Arbeitslosenversicherung bezahlten Beiträge nur zum kleinen Teil für die Unterstützung arbeitsloser Verwendung finden. Sie verlangen, daß keine Mittel der Arbeitslosenversicherung für den freiwilligen Arbeitsdienst, für Verwaltungskosten zur Durchführung der Lohnabbau-Verordnung vom 5. September 1932, für Wohlfahrtsfürsorge und andere ähnliche unzulässige Verwendungszwecke ausgegeben werden.

Sie verurteilen aufs Schärfste, daß man die Arbeitslosen dem Hunger, der Kälte und anderen großen Entbehrungen preisgibt und gleichzeitig in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Ueberschüsse anhäuft und die Mittel für alle möglichen Zwecke, für die sie nicht aufgebracht werden, ausgibt.

Die Versammelten verlangen eine Winterbeihilfe, die die Arbeitslosen und ihre Angehörigen vor Hunger, Kälte und allen unerträglichen Entbehrungen bewahrt.

Den im Betrieb befindlichen Arbeitern sagen die Arbeitslosen Dank dafür, daß sie den Lohnrübenreien Widerstand entgegenzusetzen. Sie fordern sie auf, diesen Widerstand zu verstärken und von den schärfsten Kampfmitteln Gebrauch zu machen, wenn der Lohnraub fortgesetzt wird. Sie versichern den im Betrieb stehenden Arbeitern ihre Solidarität und ihre Bereitschaft, sie in ihrem Kampfe gegen alle Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen.“

An die arbeitslosen Verbandsmitglieder wird eine Weihnachts-Extraunterstützung von insgesamt rund 15 000 Mark von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Breslau zur Auszahlung gebracht.

Steigerung der Wohlfahrtserwerbslosigkeit in Sachsen

Nach einer Veröffentlichung des statistischen Landesamtes ergibt sich über das Wachstum der Wohlfahrtserwerbslosigkeit folgendes Bild:

Die Zahl der von den sächsischen Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen (W. E.) ist auch im Oktober weiterhin angestiegen. Nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände (B. F. V.) an das Statistische Landesamt wurden Ende Oktober d. J. in Sachsen 285 174 vom Arbeitsamt anerkannte W. E. gezählt gegenüber 279 145 am 30. September 1932 und 192 674 Ende Oktober 1931. Außerdem sind von den B. F. V. 2954 Personen unterstützt worden, bei denen das Anerkennungsverfahren noch schwebte. In 5830 Fällen ist von den Arbeitsämtern die Anerkennung abgelehnt worden. Berücksichtigt man ferner noch die Unterstützungsempfänger, die nach der früheren Begriffsbestimmung als W. E. zu zählen gewesen wären (38 272), so ergibt sich, daß

in Sachsen Ende Oktober 332 230 oder 52,3 v. H. aller bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen

der gemeindlichen Erwerbslosenfürsorge zur Last fielen. Der Unterstützungsaufwand betrug im Oktober rund 13,6 Millionen RM. gegen 8,3 Millionen im gleichen Vorjahresmonat und 5,2 Millionen RM. im Monatsdurchschnitt des Jahres 1930.

Besonders bemerkenswert sind in dieser Elendsstatistik die nahezu 6000 Fälle, wo die Arbeitsämter die Anerkennung der Bedürftigkeit abgelehnt haben. Der Gesamtbericht ist ein weiteres Beispiel unter vielen, das beweist, daß die Krise tiefer und tiefer frißt. Wir sind in dem Stadium, wo der Kapitalismus seine eigenen Arbeitssklaven nicht mehr ernähren kann. Die Barbarei in Deutschland hat praktisch begonnen. Jede Illusion auf Beseitigung der Krise mit kapitalistischen Mitteln wird durch den weiteren Gang der Entwicklung unbarmherzig zerstört, und das ist gut so. Denn je eher sich das Bewußtsein in der Arbeiterklasse entwickelt, daß keine andere Möglichkeit als der revolutionäre Ausweg für sie bleibt, um so besser. Denn daraus wird die notwendige Vorbereitung der proletarischen Revolution sich ergeben. Hegla.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A.G., Breslau, Neue Graupenstraße 7.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe, Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau, 6. Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 102 92.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe, Telefon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.